Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch Boten frei Haus für die zweite Augusthälfte 500000 Mk. freibleibend. Einzelverkaufspreis 40000 Mk.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 130000 Mark, auswärtige 150000 Mark, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 110000 Mk., für Reklamen 520000 Mk.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf 926 nur Geschäftsstelle 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 199. Montag, 27. August 1923. 30. Jahrgang.

Die Devisennotverordnung.

Die Reichsregierung hat nunmehr die Notverordnung über die Ablieferung ausländischer Vermögensgegenstände veröffentlicht. Die Verordnung geht von der Brotabgabe aus und verpflichtet die Erwerbsgesellschaften, also alle Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung für **je 10 000 Mark Brotabgabe** für das Wirtschaftsjahr 1923/24 **den Gegenwartswert von zwei Goldmark gegen Goldanleihe zu zahlen.** Alle übrigen natürlichen und juristischen Personen, Personenvereinigungen und Vermögensmassen müssen bis zum 15. September den Gegenwert von **einer Goldmark in ausländischen Zahlungsmitteln**, anderen ausländischen Werten oder diesen **gleichgestellten Werten** abliefern, soweit ihnen in der Zeit vom 10. bis 20. August 1923 ausländische Vermögensgegenstände oder dergl. gehört haben. Da die Freigrenze bei 10 Goldmark gezogen ist, sind Erwerbsgesellschaften, die bis zu 50 000 Mark Brotabgabe gezahlt haben, und andere Steuerpflichtige, die bis zu 100 000 Mk. Brotabgabe zahlten, von der Ablieferungspflicht befreit. Alle übrigen Steuerpflichtigen können sich von der Devisenablieferungspflicht nur durch die Abgabe einer

eidesstattlichen Versicherung

befreien. Aus dieser Versicherung muß hervorgehen, welche ausländischen Vermögensgegenstände sich in der Zeit vom 10. bis 20. August 1923 in dem Vermögen des Steuerpflichtigen befunden hatten und was er nach dem 31. Juli 1923 an Devisen veräußerte. Durch Einsicht in die Bücher und Betriebe können die eidesstattlichen Versicherungen nachgeprüft werden. Wer die vorgeschriebene Erklärung verweigert oder nicht rechtzeitig abgibt, oder wer auf wiederholte Vorladung nicht erscheint, bezw. die Prüfung von Büchern und Betrieben nicht gestattet oder behindert, wird mit Gefängnis nicht unter 6 Monaten, in besonders schweren Fällen mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren ohne Beschränkung des Höchstmaßes der Geldstrafe bestraft. Wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben werden mit **Zuchthaus** bis zu zehn Jahren, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter einem Jahr und **Vermögenskonfiskation** bestraft. Für die bisherigen Verstöße gegen die Devisengesetze und die Verschleierung des Besitzes bei früheren Steuererklärungen gewährt die Verordnung eine Amnestie und erleichtert dadurch die Abgabe richtiger Erklärungen.

Dem Ablieferungspflichtigen ist eine Anrechnung des veräußerten Betrages auf die von ihm jährlich zu zahlenden Steuern gestattet. Freigestellt ist ihm auch, ob er als Gegenwert der von ihm gegebenen Devisen Goldanleihezeichnungen vornehmen will oder ob er sie an das Reich gegen Mark zum Dollarkurs verkauft oder sie schließlich auf einem wertbeständigen Steuerkonto gutschreiben läßt. Eine gewisse Begünstigung der letzteren Verrechnungsart gewährt die Verordnung dadurch, daß sie bei einer Ablieferung bis zum 5. September 1923 auf je 100 Mark, die eingezahlt werden, noch eine Vergütung von 25 Mark gewährt. Die Verordnung ist mit sofortiger Wirkung rechtskräftig.

*

Es ist ganz selbstverständlich, daß die neue Verordnung nur eine Teilmaßnahme der einzuleitenden Schritte zur Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse ist. Der Reichsfinanzminister ist sich darüber durchaus im Klaren und beabsichtigt schon in aller Kürze weitere Maßnahmen durchzusetzen. **Vor allem wird zunächst eine Aenderung in der Beamtenbesoldungspolitik eintreten,** der weitere währungs- und finanzpolitische Maßnahmen folgen sollen. Die Vorarbeiten sind bereits im Gange und dürften bald soweit abgeschlossen sein, daß sie den gesetzgebenden Körperschaften zur Beratung vorgelegt werden können. Außerdem aber ist das Reichskabinett davon überzeugt, daß auf die Dauer alle Notverordnungen in währungs- und finanzpolitischer Hinsicht aussichtslos sind, wenn Deutschland nicht in außenpolitischer Beziehung eine Erleichterung erfährt. Die Regierung wird deshalb mit Entschiedenheit ihre Politik der Verständigung fortsetzen und danach trachten, daß der Ruhrkonflikt bald im Wege der Verhandlungen eine Lösung findet. Entsprechende Schritte sind bereits eingeleitet. Es ist zu erwarten, daß sich ihre Auswirkung bald zeigt und die Zeit nicht mehr allzu fern ist, wo das neue Reichskabinett nach einem überstandenen Ruhrkonflikt festen Grund unter den Füßen gewinnt, um dann zu endgültigen Reorganisationsmaßnahmen zu schreiten, die tatkräftig durchgeführt, eine allgemeine wirtschaftliche Erleichterung insbesondere aber auch für die Arbeiterschaft erwarten lassen.

Wieder eine Rede Poincares.

Paris, 27. August.

Ministerpräsident Poincare hat gestern zweimal das Wort ergriffen. Das erstemal in Chassey gelegentlich der Enthüllung eines Kriegerdenkmals und ein zweitesmal anläßlich der Einweihung einer Gedenktafel zu Ehren der amerikanischen Truppen. In seiner ersten Ansprache erinnerte Poincare an die von Frankreich gebrachten Opfer und er suchte hierauf den Gang der Ereignisse zu schildern, wenn Deutschland den Krieg gewonnen hätte. Frankreich wäre zum mindesten des Kohlenbeckens von Brye und seiner Kolonien verlustig gegangen. Wir wären zur Zahlung einer ungeheuren Entschädigung verurteilt worden. Ich sehe auf Belgien, dem es Antwerpen, die Seeküste entrissen hätte, und das es unter seine Herrschaft gezwungen haben würde. Doch würde England nicht viel besser als wir behandelt worden sein. Deutschland, das sich während des Krieges in der Gegend von Ostende für alle Ewigkeit niedergelassen hatte, würde das Festlanduser der Meerengen nicht herausgegeben haben, schon um Großbritannien zu überwachen. Die Seemacht unserer Verbündeten würde zerstört und ihre Handelsflotte vernichtet worden sein. Die Beherrschung der Meere wäre ihnen entrissen und ihre künftigen Beziehungen mit den Dominions gestört worden sein. Auf der anderen Seite des Ozeans hätten die Vereinigten Staaten vorübergehend vor den Folgen des germanischen Sieges einen Schutz gefunden, doch würden sie nicht auf die Dauer der Bildung einer kolossalen in Europa alsbald souveränen Macht, die ihre Fänge um den Erdball geklammert hätte, gleichgültig gegenüber gestanden haben. Mit einem Wort: die angelsächsische Zivilisation wie auch die lateinische Zivilisation wären in ihren Grundlagen zerrüttet worden. **Deutschland hätte sich von einem Erdpol zum andern gleichzeitig die politische, wirtschaftliche und intellektuelle Vorherrschaft gesichert.** Im weiteren Verlauf seiner Rede versuchte Poincare, die Zahlen zu widerlegen, mit denen Stresemann die von Deutschland gemachten Entschädigungen in seiner letzten Rede bezifferte. Poincare erklärte, es ist zwecklos, zu versichern, daß Deutschland bereits 42 Milliarden Goldmark oder auch nur 26 Milliarden gezahlt hat, wie jetzt ein wirtschaftliches Institut in Washington bestätigt haben soll. (Bis jetzt war es mir unmöglich, mich der Existenz dieses Instituts zu versichern; es ist im offiziellen Straßenadreßbuch der amerikanischen Bundeshauptstadt nicht verzeichnet.) Nachdem Poincare dann an die französische Erfüllungspolitik von 1870 erinnerte, fuhr er fort: Wir wollen niemals unseren Feinden von gestern ein Beispiel geben. Was wir vor 53 Jahren getan haben, sollen wir heute versuchen. Wenn sie sich nicht dazu entschließen, zwingen sie uns, ihnen gegenüber die Drohung auszuführen, die man damals an uns richtete: Man bezahlt uns oder wir bleiben.

Stresemann in Bayern.

SPD. München, 25. August (Eig. Drahtber.)

Reichskanzler Stresemann ist am Sonnabend vormittag in München angekommen, wo er am Bahnhof von einem Vertreter der bayrischen Regierung empfangen wurde. Er fuhr sofort im Auto weiter nach Mittenwald zum Besuch des bayrischen Ministerpräsidenten Knilling. Am Sonnabend abend fährt der Reichskanzler wieder nach Berlin zurück. Das offizielle Organ der bayrischen Regierung, die „Staatszeitung", begrüßte den Kanzler mit folgenden Ausführungen:

„Wir in Bayern wollen nur eins, die Rettung unseres Vaterlandes und die Erhaltung der Einheit des deutschen Reiches. Das bayrische Volk beseelt nur ein Sehnen, das Sehnen nach dem Mann, der das Vaterland aus seiner jetzigen wirtschaftlichen und politischen Not herausführt. Wer der Mann ist, welcher Partei er angehört, ist im Grunde gleichgültig."

Wie dieses hochtönende nationale Bekenntnis in Wirklichkeit einzuschätzen ist, ergibt sich am besten aus folgendem Satz im gleichen Begrüßungsartikel: „Innenpolitisch wird es vor allem darauf ankommen, daß es Stresemann gelingt, seinen Standpunkt durchzusetzen gegenüber der anderen Seite im Kabinett". (Damit sind die Sozialdemokraten gemeint.) Daß diese zur Schau getragene Objektivität nur eine Unaufrichtigkeit ist, erkennt man aus dem Kommentar, den dieselbe „Staatszeitung" vor einigen Tagen an den bekannten, teilweise gegen das Reich gerichteten Aufruf der bayrischen Regierung an ihr Volk geknüpft hat. Dort steht schwarz auf weiß, was die Regierung Knilling alles von Stresemann erwartet und zum Schluß heißt es: „Wenn die Reichsregierung die Spuren des bayrischen Ministerpräsidenten wandeln würde, würde Deutschlands Not wohl bald ein Ende haben."

*

Die „Münchener Post" hat vor einiger Zeit von Ludendorff als dem großen Kriegsverlängerer gesprochen, weshalb „der Mann mit der blauen Brille" gegen unser Parteiblatt nunmehr gerichtliche Klage wegen verleumderischer Nachrede angestrengt hat. Dem Prozeß, der für Ende September angesetzt ist, dürfte große politische Bedeutung zukommen, die die beklagte Partei Männer wie den Prinzen Max von Baden, den General Hoffmann, den österreichischen Generalfeldmarschall Hötzendorf und andere als Zeugen und Sachverständige laden lassen wird.

*

Die Vorgänge am 1. Mai in München sind immer noch Objekt der bayrischen Innenpolitik. Das beweist ein Rundschreiben, das das Oberkommando der Hitlerschen Sturmabteilungen vor kurzem zur Information an die Unterführer im ganzen Land verbreiten ließ und das den Vorhang etwas lüftete, den die Regierung Knilling vor ihr Verhältnis zu den rechtsbolschewistischen Verbänden gezogen wissen will. Das Rundschreiben bestätigt einwandfrei, daß die Regierung damals lediglich auf Grund der wiederholten Vorstellungen der Vaterländischen Verbände die sozialdemokratische Maifeier Einschränkungen unterworfen hat. Nun hielten die Kampfverbände die Gelegenheit für günstig, ihrerseits das Feld zu beherrschen und ließen ihre gesamten Kompanien der Hitlerschen Sturmtrupps, der „Reichsflagge" und des Bundes Oberland" aufmarschieren, wozu „Waffen gefaßt" wurden, und zwar auf Grund ihrer trefflichen Beziehungen zur hiesigen Reichswehr. Dadurch fühlten sich allerdiegs weniger die Festzugteilnehmer bedroht, als die Regierung Knilling selbst, die in der Angst um ihren Bestand sich schleunigst aufraffte und erreichte, daß die Kampfverbände die Waffen wieder niederlegten und teilweise abgaben. Zurzeit ist immer noch der Staatsanwalt damit befaßt, das bedrohliche Verhalten der Kampfverbände am 1. Mai zu untersuchen und insbesondere aufzuklären, auf welche Weise sie damals so schnell zu Waffen kamen — es waren auch Geschütze darunter — und wieviel von diesen Waffen die Herrschaften unterschlugen.

Havensteins Grab.

Der Reichsbankpräsident scheint lieber den endgültigen Bankerott des Reiches besiegeln zu wollen, ehe er daran denkt, seinen vom Volke verlangten Rücktritt zu vollziehen oder auch sonst dem Willen der breiten Oeffentlichkeit Zugeständnisse zu machen. Seine Kredit- und Finanzpolitik hat uns im wesentlichen mit zu jenem Elend geführt, das wir heute auszukosten haben und zum Ueberfluß sucht er nun noch durch eine vernunftwidrige Personalpolitik mit Gewalt die Massen auf die Straße zu treiben. Am Sonnabend hat bereits in allen Reichsbankstellen Deutschlands eine Abstimmung über die Durchführung eines Streikes stattgefunden, die geplant ist, falls Havenstein sich nicht zur Zurücknahme der Maßregelung des Betriebsrates Großmann entschließt. Das zahlenmäßige Ergebnis dieser Abstimmungen wird erst am Montag bekanntgegeben aber schon jetzt ist zu sagen, daß die Mehrheit der Bankangestellten ihre Sympathie für Großmann bekundete. Auch die Betriebsräte und Funktionäre des graphischen Gewerbes in Berlin haben am Sonnabend ihre Solidarität mit den gemaßregelten Angestellten der Reichsbank zum Ausdruck gebracht. Nach einem Referat des Vorsitzenden Marx vom „Allgemeinen Deutschen Bankangestellten-Verband" wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die am Sonnabend, dem 25. August im Gewerkschaftshaus versammelten Betriebsräte und Funktionäre des graphischen Gewerbes fordern die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, die Arbeiterparteien und das Reichskabinett auf, dafür zu sorgen, daß die Maßregelung des Betriebsratsvorsitzenden Großmann von der Reichsbank binnen 3 Tagen zurückgezogen wird. Inzwischen verpflichten sich die Funktionäre, für die Aufklärung der hinter ihnen stehenden Betriebsbelegschaften zu sorgen, damit der Widerstand der Reichsbank nötigenfalls durch unverzüglich zu ergreifende schärfere Maßnahmen gebrochen wird.

Der Gruppenrat wird beauftragt, zu diesem Zwecke nötigenfalls sofort eine Versammlung der gesamten, mit dem Notendrucke beschäftigten Betriebsbelegschaften einzuberufen."

Diese Sympathiekundgebung zeigt die ernsten Gefahren, die für unser Wirtschaftsleben erneut bevorstehen, wenn Havenstein seine Maßregelung aufrecht erhält. Bereits jetzt ist die Ueberarbeit und Sonntagsarbeit in den Notendruckereien als Quittung für die Personalpolitik des Reichsbankpräsidenten eingestellt worden. Für Mittwoch sind in Berlin große Protestversammlungen in Aussicht genommen. Es scheint überhaupt, daß die Bewegung jetzt nicht mehr einzuhalten ist, bevor Havenstein aus der Reichsbankleitung verschwunden ist. Trotz allen Widerstandes dürfte sich Havenstein durch seine Personalpolitik selbst das Grab gegraben haben!

Die am Sonnabend im Reichsarbeitsministerium wieder aufgenommenen Vermittlungsverhandlungen sind vorläufig ergebnislos verlaufen. Sie sollen am Montag fortgesetzt werden.

Havenstein verbarrikadiert sich.

Helfferichs Puppe.

Der Reichsbankpräsident Havenstein, der sich zeitweise bereit zeigte, unter dem Druck der öffentlichen Meinung auf die Leitung der Reichsbank freiwillig zu verzichten, sobald ein Nachfolger gefunden war, ist inzwischen wieder anderer Meinung geworden. Aufgehetzt durch Herrn Helfferich, der inzwischen von seinem Sommeraufenthalt aus dem teuersten Kurort der Schweiz zurückgekehrt ist, will er den Reichstag zur Aenderung des Autonomiegesetzes zwingen. Auch der Versuch der Reichsregierung, Havenstein zum Rücktritt zu bewegen, war vergeblich. Infolgedessen beschäftigte sich ein engerer Kabinettsrat am Donnerstag abend mit der Angelegenheit. Die Regierung ist einmütig der Auffassung, daß Herr Havenstein verschwinden muß. Da Eile nottut, wird voraussichtlich sofort nach Rückkehr des Reichskanzlers der Reichstag einberufen, um den Mann, der sich jetzt förmlich als Kleber gebärdet, mit Schimpf und Schande durch die Aenderung des Autonomiegesetzes davonzujagen!

Dollar 7 000 000.

Neuregelung der Beamtenbezüge.

Keine vierteljährliche Vorauszahlung mehr.

SPD. In den letzten Tagen der vergangenen Woche erlebten wir erneut eine sprunghafte Steigerung der Preise. Am Donnerstag, dem 23. August, war nämlich mit einem Schlag die Kaufkraft des deutschen Volkes um die gewaltige Summe von 100 Billionen Mark vermehrt worden. An diesem Tage bezogen die Reichs-, Staats- und Gemeindearbeiter ihre Teuerungsbezüge. Die Wirkung, die sich dabei einstellte, enthüllte mit einem Male die **völlige Unhaltbarkeit der bisherigen Regelung der Beamtenbezüge.**

Nach dem Beamtenbesoldungsgesetz haben diejenigen Beamten Anspruch auf vierteljährliche Vorauszahlung ihres Gehaltes, die sich dieses auf Konto überweisen lassen. In einer Zeit der Markentwertung, wie sie Deutschland seit langem erlebt, macht die übergroße Mehrheit der Beamten natürlich Gebrauch von dieser Begünstigung. Darüber hinaus aber gewährt ein „Abkommen zur Erhaltung des Lohnwertes" vom 19. Juli d. J. die Teuerungszuschläge für jeweils kurze Fristen. Dieser Zustand, gleichzeitig Vierteljahrsvorauszahlungen und Teuerungszuschläge zu zahlen, ist fast mehr als verantwortungslos. Bisher wurde die erste Julimark einfach der Septembermark gleichgesetzt, während die zwei Monate zurückliegende Vorauszahlung selbstverständlich mittels eines Index umgerechnet werden mußte auf den dritten Monat des Quartals. Dieses Verfahren der Nachzahlung hat das Reichsfinanzministerium des Herrn Hermes beliebt, weil es in Uebereinstimmung mit der Reichsbank die Auffassung vertrat, daß der Beamte bisher keine Möglichkeit hatte, seine Vierteljahrsvorauszahlung wertbeständig anzulegen. Wir sehen also dieselbe Finanzpolitik bei der Beamtenvorauszahlung wie bei der Kreditgewährung der Reichsbank: eine Wertbeständigkeit kannten Reichsfinanz und Reichsbank bisher in beiden Fällen nicht. Mit welch grenzenloser Naivität Havenstein das Reichsfinanzministerium bisher beriet, dafür ist folgende Tatsache charakteristisch: Bereits im Frühjahr kamen dem Reichsfinanzministerium Bedenken, ob die Vierteljahrsvorauszahlungen noch aufrechterhalten werden können. Diese Bedenken zerstreute die Reichsbank, indem sie den Standpunkt vertrat, daß, wenn die Beamtengehälter nicht vierteljährlich vorausgezahlt werden, eine noch größere Inflation eintrete. Die Reichsbank nahm also an, daß die Beamten ihre überwiesenen Gehälter auf dem Konto belassen. Eine größere Verkennung der tatsächlichen Vorgänge kann man sich nicht denken. Denn weder am 1. April noch am 1. Juli dachte auch nur ein Beamter daran — was ihm nicht zu verdenken war — sein Gehalt länger als 48 Stunden auf dem Konto entwerten zu lassen. Darüber könnte sich Herr Havenstein durch den jüngsten seiner Beamten belehren lassen. Sie alle fanden die Mittel und Wege, das Geld wertbeständig anzulegen, sei es in Waren, sei es in Effekten oder Devisen. Nur Herr Havenstein an der Spitze der Reichsbank und Herr Hermes an der Spitze des Reichsfinanzministeriums wollten von diesen Vorgängen nichts wissen, obwohl wir überzeugt davon sind, daß sie ähnlich gehandelt haben.

Was sich bei der letzten Gehaltszahlung am 23. August abspielte, überbot jedoch alles bisher Dagewesene. Am 31. Juli hatte Hermes noch eine Verfügung erlassen, nach der vor Beginn des zweiten und dritten Monats im Quartal die Gehaltsempfänger wieder im voraus die Beträge für die betr. Monate erhalten, die nicht schon vorausgezahlt sind. Aus kassentechnischen Gründen wurden diese zweiten Vorauszahlungen mit der am 23. jeden Monats für die zweite Monatshälfte fällige Nachzahlung — für die erste Hälfte erfolgt sie am 8. des Monats — verbunden. Nachdem die Beamten im Monat August am 8. eine Nachzahlung in der Höhe der Differenz von 574 zu 1769 Proz. des Teuerungsindex und am 15. August eine Vorauszahlung auf die Teuerungszulagen für die zweite Augusthälfte erhalten hatten, erfolgte am 23. August eine wahre Ueberschüttung mit Millionen, zum großen Erstaunen der Mehrheit der Beamtenschaft selbst. An diesem 23. August erhielten sie nämlich die restliche Teuerungszulage für den Monat September. Um welche Summen es sich dabei handelt, kann man ermessen, wenn man hört, daß z. B. auf einen Beamten der Klasse XII mehr als 500 Millionen Mark entfielen. Bei der ungeheuren Zahl von Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten darf man sich nicht wundern, wenn der Gesamtbetrag, der am Donnerstag der vergangenen Woche zur Auszahlung kam, sich auf rund 100 Billionen belief. Diese Summe macht ungefähr zwei Drittel des gesamten Steueraufkommens aus den letzten Steuergesetzen aus, und mehr als den bisherigen Zahlungsmittelumlauf und die gesamte schwebende Schuld.

Die Fortsetzung eines solchen Besoldungsverfahrens ist einfach ein Ding der Unmöglichkeit. Denn diese Flut von Papiermark, an einem Tage ins deutsche Volk geschleudert, bedeutet eine ungeheure Vermehrung der Inflation und auf der anderen Seite durch den gewaltigen plötzlichen Ansturm auf dem Markte ein wahnsinniges Emporschnellen der Preise, zum allergrößten Schaden der nichtbeamteten Bevölkerung, die sich nicht einzudecken vermag. Wir sind die letzten, die der Beamtenschaft ein auskömmliches Lebensverhältnis nicht wünschen. Aber schließlich dient die Abänderung der bisher üblichen Besoldungsart nicht nur der Arbeiterschaft, sondern auch der Beamtenschaft, die sich ebenfalls überlegen sollte, daß es besser ist, noch auf Jahre hinaus leben zu können, statt durch unmögliche Besoldungsverhältnisse den Staat vollkommen zu ruinieren und dann in absehbarer Frist brotlos zu sein.

Wertbeständige Invalidenrenten.

Amtlich wird uns mitgeteilt:

Durch Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 14. August 1923 werden die Sätze der Notstandsmaßnahmenunterstützung für Rentenempfänger der Invaliden- und der Angestelltenversicherung, sowie für die Kleinrentner mit Wirkung vom 16. August 1923 ab entsprechend dem jeweiligen Stande der vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten Reichsrichtzahl (Reichsindexzahl) der Lebenshaltungskosten selbsttätig festgesetzt. Die Unterstützungen werden halbmonatlich festgesetzt und ausgezahlt. Die Höchstgrenze für das Gesamteinkommen der Empfänger einer Invaliden- oder Altersrente wird für den jeweiligen Zahlungstag errechnet; sie beträgt das 15fache der letzten vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten Reichsrichtzahl. Der Höchstbetrag des Gesamteinkommens des Empfängers einer Witwen- oder Witwenrente darf 60 v. H. des Empfängers einer Waisenrente 50 v. H. des Gesamteinkommens des Empfängers einer Invalidenrente nicht übersteigen. — Die zu zahlenden Beträge werden stets auf volle 1000 Mark nach oben aufgerundet. — Der Kinder- und Frauenzuschlag wird in dem seitherigen Ausmaß gewährt. — Für die Unterstützungen an Kleinrentner gilt diese Regelung entsprechend.

*

Durch zwei Verordnungen sind die Leistungen der Wochenhilfe und Wochenfürsorge mit Wirkung vom 20. August 1923 ab erhöht, der Reichsrichtzahl (Reichsindexzahl) angepaßt worden. In der Wochenhilfe beträgt der Pauschbetrag bei Entbindungen und Schwangerschaftsbeschwerden das Sechsfache, der Mindestbetrag des Wochengeldes ein Zehntel und der Mindestbetrag des Stillgeldes drei Zwanzigstel der Reichsrichtzahl. Die Leistungen der Familienwochenhilfe und Wochenfürsorge sind gleichfalls erhöht und den Leistungen der Wochenhilfe gleichgesetzt.

Neue Lohnfestsetzungen.

SPD. Berlin, 25. August.

Am Donnerstag und Freitag fanden im Reichsfinanzministerium Verhandlungen zur Neufestsetzung der Reichs- und Staatsarbeiterlöhne statt. Der Lohn für die Woche vom 12. bis 18. August wurde um 30 Proz. über den bisherigen Lohn für die Woche vom 19. bis 26. August erhöht. Für die Lohnwoche vom 19. bis 26. August wird eine Erhöhung von 10 Proz. gezahlt. Der Stundenlohn beträgt danach in der Ortsklasse A Lohngruppe 1: 465 000 Mark, Lohngruppe 2: 396 000 Mk., Lohngruppe 3: 387 000 Mk., Lohngruppe 4: 375 000 Mk., Lohngruppe 5: 372 000 Mk., Lohngruppe 6: 366 000 Mk., Lohngruppe 7: 360 000 Mk., Lohngruppe 8: 249 000 Mk.

Die Spannung von Ortsklasse zu Ortsklasse wurde für männliche Arbeiter auf 9000 Mk. festgesetzt, für weibliche auf 6000 Mk. Der Soziallohn beträgt je 38 000 Mk. Die Nachzahlung der 30 Proz. soll sofort erfolgen, während die Nachzahlung der 10 Proz. am Dienstag der kommenden Woche vorgenommen wird. Die Lohnhöhe der Lohnwoche vom 27. August bis 2. September wird am Dienstag festgesetzt.

*

Am Freitag fanden im Reichsarbeitsministerium die Verhandlungen über die neuen Bergarbeiterlöhne ihren Abschluß. Der am 17. August gefällte Schiedsspruch wurde aufgehoben und dafür eine Neuregelung für die Wochen vom 13. bis 20. und vom 20. bis 27. August getroffen. Danach betragen die Durchschnittslöhne der Bergarbeiter pro Mann und Schicht einschließlich der Soziallöhne:

Im Ruhrgebiet und im Aachener und Kölner Bezirk für die Woche vom 13. bis 20. August 4 153 374 Mk., für die Woche vom 20. bis 27. August 6 333 895 Mk., für Oberschlesien 3 227 661 Mk. bezw. 5 074 684 Mk., Niederschlesien 3 079 788 Mk. bezw. 4 696 676 Mark, für Sachsen 3 202 866 Mk. bezw. 4 874 370 Mk., für Niedersachsen 2 953 532 Mk. bezw. 4 504 135 Mk. für Ibbenbühren 3 078 547 Mk. bezw. 4 694 784 Mk.

Für Mitteldeutschland wurden folgende Löhne vereinbart: für das Kernrevier 3 015 212 Mk. bezw. 4 598 198 Mk., für das Randrevier I 5 Proz. weniger, für das Randrevier II 10 Proz. weniger.

In Bayern gelten folgende Löhne: Pechkohle 3 015 212 bezw. 4 598 198 Mk., Steinkohle 4 340 111 Mk., Kalibergbau 3 140 971 Mark bezw. 4 789 981 Mk.

Kohlenpreiserhöhung ab 27. August.

TU. Berlin, 26. August.

Die mit Wirkung vom 20. ds. Mts. ab nach dem Lebenshaltungsindex vorgenommene Erhöhung der Bergarbeiterlöhne hat in Verbindung mit der fortschreitenden Steigerung der Materialpreise eine abermalige Erhöhung der Kohlenpreise mit Wirkung ab 27. August nötig gemacht. Die Preisfestsetzung erfolgte wieder auf Grund der durch Beschluß des Reichskohlenverbandes vom 9. August ds. Js. festgelegten Berechnungspreises. Dem Wunsche des Reichswirtschaftsministers auf beschleunigten Abbau des im Preis enthaltenen Geldentwertungszuschlages wurde dadurch Rechnung getragen, daß dieser zunächst um ein Fünftel herabgesetzt und weiterer Abbau in Aussicht genommen wurde. Zum Ausgleich hierfür wird ab 27. August 1923 eine auf den Kohlenpreis abgestellte Wertbeständigkeit der Zahlung eingeführt, die einerseits für geforderte Vorauszahlungen, anderseits auch für verspätete Zahlungen gilt. Einschließlich Kohlensteuer, Umsatzsteuer und der Beiträge für den Bergarbeiter-Heimstättenbau und den Handelsaufschlag — die erhöht werden mußten — beträgt hiernach ab 27. August der Preis je Tonne für oberschlesische Flammstückkohlen 50,040 Millionen, mitteldeutsche Braunkohlenbriketts 37,430 Millionen, Ruhrfettförderkohle 70,707 Millionen.

Hierzu wird weiter vom Reichswirtschaftsministerium mitgeteilt: Die auf Grund der Beschlüsse des Reichskohlenverbandes sich ergebenden Preise übersteigen auch diesmal die auf dem Weltmarkt geltenden Kohlenpreise wieder in bedrohlichem Maße. Der Reichswirtschaftsminister wird bei den am 31. August fortzusetzenden Erörterungen des Reichskohlenrates erneut auf restlosen Abbau des Entwertungszuschlags dringen. Ferner kann damit gerechnet werden, daß der Reichskohlenrat in seiner nächsten Sitzung endgültig zu der auf Wunsch des Finanzministeriums zunächst zurückgestellten Beseitigung der Kohlensteuer-Stellung nimmt.

Gold und Glas.

Eine famose Rechnungsmethode.

Das Goldrechnen ist eine schöne Sache, besonders wenn man es kann oder auch anders. In der „Frankf. Ztg.", in der auch wiederholt auf das Treiben mancher Geschäftsleute hingewiesen wurde, die ihre Kalkulation auf Goldmark gestellt haben, diese Goldmarkberechnung aber nur so lange anwenden, wie der Dollar steigt, und sobald die Mark sich bessert, ihre Forderungen wieder in höhere Markforderungen umwandeln, wird jetzt ein Fall mitgeteilt, bei dem diese Methode besonders deutlich sichtbar wird. Ein Glasermeister in Calw hatte von einer Stuttgarter Großhandlung Glas gekauft, worüber am 9. August eine Rechnung zu 2,65 Goldmark pro Quadratmeter, zahlbar am 18. August, ausgestellt war. Nachdem das Glas am 12. August in den Besitz des Glasermeisters gelangt war, erhielt er am 15. August folgendes Schreiben:

„Auf unsere letzte Rechnung, auf Goldmark ausgestellt, nehmen wir Bezug und bitten, solche zu vernichten, nachdem uns unterdessen vom Syndikat neue Preise in Papiermark zugegangen sind. Der reguläre Preis für Klarglas beträgt heute 4 800 000 Mk. per Quadratmeter, während wir Ihnen ausnahmsweise den Betrag von 3 900 000 Mk. per Quadratmeter in Rechnung gestellt haben. Wir dürfen wohl erwarten, daß die Zahlung seitens Ihres Bauherrn prompt erfolgt, da wir durch die kolossalen Preiserhöhungen sehr dringend die Gelder benötigen. Ernst immer gern zu Ihren Diensten" usw.

Es mag sein, sagt das Frankfurter Blatt mit Recht, daß die Großhandlung durch die Zahlungsbedingungen des Syndikats zu dieser verwerflichen Schaukelmethode gebracht worden ist; die Schuld liegt dann beim Syndikat. Es muß aber jedenfalls gefordert werden, daß die zuständigen Behörden diese rücksichtslosen Ausnutzer der Verbraucher, diese Abschiebung jeglichen Konjunkturrisikos und Ausnutzung jeglichen Konjunkturvorteils verhindern. Handhaben dazu bietet die Gesetzgebung mehr als genug.

Kommunistisches Maulheldentum.

SPD. Man sollte annehmen, daß der klägliche Zusammenbruch des letzten von den Kommunisten inszenierten „Generalstreiks" sie etwas klüger und bescheidener gemacht hätte. Aber allem Anschein nach scheinen sie sich auch nach dieser jüngsten Schlappe nicht auf sich selbst und ihre eigene Stärke, oder besser Schwäche, besinnen zu wollen. Zum mindesten trifft das für die kommunistische Jugend nicht zu. Sie rüstet für den 2. September zu einem Internationalen Kampftag. Diesmal will man nicht nur, wie am 29. Juli, die Faschisten bekämpfen, mit [illegible] sondern die [illegible] munistische Jugend will den Sedantag der deutschnationalen Jünglinge benutzen, um dem Kabinett Stresemann den Garaus zu machen. Ein Aufruf im „Jungproleten" verkündet: „Falls Stresemann am 2. September noch amtieren sollte, — na, dann werden unsere aufmarschierenden Jugendbataillone ihm schon begreiflich machen, was wir wollen und was wir sind! . . . Dieser elenden, verfaulten, verfallenen kapitalistischen Gesellschaft werden wir am 2. September einen so mächtigen Stoß versetzen müssen, daß sie noch schneller ihrem Ende entgegenrollt."

Etwas mehr Bescheidenheit würde dieser kommunistischen Jugend wirklich anstehen. Wer den Gegner, zumal den Kapitalismus, so gering einschätzt, wird niemals über ihn triumphieren. Maulheldentum hat noch nie Siege erfochten!

Der Münchener Mordprozeß abgeschlossen.

Todesstrafe beantragt.

SPD. München, 24. August. (Eig. Drahtber.)

Die weiteren Zeugenvernehmungen im Prozeß Berger-Ruge ergaben keine neuen Gesichtspunkte. Eine Reihe von Teilnehmern an der Versammlung des „Blücherbundes" vom 13. Februar mußte bestätigen, daß Ruge die in der Anklageschrift festgehaltenen Aeußerungen tatsächlich gemacht hat, überhaupt jene Ansprache derartig radikal und blutrünstig gewesen sei, daß trotz der begeisterten Zustimmung der jungen Leute — es waren 15jährige Schüler darunter — vielen große Bedenken gekommen seien, die sich in Rückfragen an die Unterführer äußerten. Sogar ein Verehrer Ruges, der Fabrikant Dr. Grandl aus Augsburg, der seit längerer Zeit die Auftritte Ruges in den nationalen Kreisen Bayerns finanzierte, mußte zugeben, daß Ruge damals wie ein Truppenführer vor der Schlacht gesprochen habe, da er die Leute aufforderte, sich für die unmittelbar bevorstehende Abrechnung mit den Juden und Novemberverbrechern bereit zu halten. Auf etwa ein Dutzend weiterer Zeugen wurde verzichtet, so daß mit der Feststellung des landesgerichtsärztlichen Untersuchers des Mörders Zwenaur und Ruge die Beweisaufnahme geschlossen war. Diese Untersuchung und Beobachtung hat ergeben, daß beide für die ihnen zur Last gelegten Straftaten in vollem Maße verantwortlich sind.

Der Staatsanwalt befleißigte sich in seinem Plädoyer der größten Sachlichkeit und vermied, die vielen Widersprüche auszunutzen, in die sich die Angeklagten im Laufe der Verhandlung verwickelt hatten. Aus seiner Schilderung des ermordeten Baur ist hervorzuheben, daß dieser, als seine Begünstigung der Rathenaumörder bekannt wurde, zu der Familie Kern nach Breslau geflohen ist, wo er von einem Kapitänleutnant Wende aufgefordert wurde, er solle nach München gehen, dort fände er Unterstützung im reichlichen Maße. Der Staatsanwalt ist überzeugt, **daß die moralische Verantwortung an der furchtbaren Bluttat an Baur den Angeklagten Ruge trifft, wenn es auch nicht gelungen sei, den direkten Beweis dafür zu erbringen.** Er müsse deshalb seinen Antrag, Ruge wegen Anstiftung zum Mord zu verurteilen, fallen lassen und könne lediglich die Anklage wegen Aufforderung zum Mord aufrechterhalten. Dafür sähe das Gesetz **leider als Höchststrafe nur ein Jahr Gefängnis** vor, eine Sühne, die für das Verbrechen Ruges selbstverständlich eine völlig unzureichende Strafe sei. **Dagegen habe die Hauptverhandlung den völligen Beweis dafür erbracht, daß die anderen drei Angeklagten Baur in planmäßiger Weise ermordet hatten. Für diese beantrage er deshalb die Todesstrafe.**

Der Verteidiger Zwenaurs plädierte primär auf Freisprechung, da sein Mandant in Notwehr gehandelt habe, sekundär komme höchstens Totschlag in Betracht, wobei bei den gegebenen mildernden Umständen die geringst zulässige Strafe am Platze sei. Die Verteidiger der Gebrüder Berger und Ruge beantragten ebenfalls Freisprechung, eventl. für Johann Berger wegen Begünstigung zum Totschlag eine geringe Geldstrafe.

Das Urteil wird am Montag nachmittag verkündet.

Aufhebung der Verkehrssperre am 15. September.

TU. Dortmund, 27. August.

Nach einer Mitteilung des Bureaus der dritten französischen Infanteriedivision an das Besatzungsamt in Dortmund, wird die Verkehrssperre in Uebereinstimmung mit der interalliierten Rheinlandkommission ab 15. September aufgehoben.

Verhaftete Eisenbahnführer.

T. U. Bochum, 27. August.

Der Vorsitzende der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner Wischelch sowie der Vorsitzende des deutschen Eisenbahnerverbandes Börner und ein Vertreter des Eisenbahnrates sind gestern morgen von den Franzosen festgenommen und nach Weltmar geführt worden.

Gesandtenmord.

Prag, 27. August.

Gestern um 12 Uhr vormittags wurde in Prag der frühere bulgarische Gesandte in Prag, Daskoloff, welcher sich in Begleitung Dr. Bojadjoffs befand, von dem 26 Jahre alten Nikolaus Nikoloff aus Sofia überfallen, der auf ihn vier Schüsse aus einer Pistole abgab. Zwei Schüsse trafen Daskoloff in der Bauchgegend und verwundeten ihn tödlich. Dr. Bojadjoff wurde ebenfalls, aber nur leicht verletzt. Ein Polizeiagent entwand dem Täter nur leicht die Waffe. Dieser wurde dem Sicherheitsdepartement übergeben, das sofort eine Untersuchung einleitete. Daskoloff wurde in ein Sanatorium gebracht, wo er im Laufe der Operation um 2 Uhr nachmittags seinen Verwundungen erlag.

Der Reichsminister des Innern, Genosse Sollmann, hat sich noch am Sonnabend abend bemüht, dem drohenden Konflikt innerhalb der Reichsbank vorzubeugen. Am Montag werden die von Sollmann eingeleiteten Verhandlungen, die unter Beteiligung des Reichsarbeitsministeriums geführt werden, fortgesetzt.

SPD. Durch eine Verordnung vom 24. August gewährt der Reichsfinanzminister den **Tabakwarenkleinhändlern Befreiung von der Verpflichtung zur Zuschlagsversteuerung,** wie sie bisher gesetzlich vorgeschrieben ist für den Fall, daß der auf dem Steuerstreifen angebrachte Kleinverkaufspreis überschritten wird. Voraussetzung für diese Steuervergünstigung, die lediglich eine Notmaßnahme darstellt, ist jedoch, daß der höhere Verkaufspreis durch die Entwertung des Geldes bedingt wird.

Die Dokumente 23 und 25.

Am 16. Juni sandte Herr Poincare an den französischen Botschafter in London Herrn de Saint Aulaire zur Weitergabe an die britische Regierung eine Mitteilung, der er am 12. Juli eine weitere Instruktion folgen ließ. Beide Schriftstücke sind im französischen Gelbbuch als die Dokumente 23 und 25 abgedruckt. Sie bieten, wie aus der neuesten französischen Note an England hervorgeht, eine zusammenfassende Darstellung des Standpunktes, den die französische Regierung auch heute noch unverändert vertritt.

Die beiden Dokumente geben ein ziemlich klares Bild von dem Regime, das nach dem Willen der französischen Regierung die besetzten Gebiete Deutschlands in den nächsten Jahren und Jahrzehnten beherrschen soll. Nicht genügend klar ist jedoch der Unterschied herausgearbeitet, der zwischen dem altbesetzten und dem neubesetzten Gebiet gemacht wird.

Vom Ruhrgebiet wird gesagt, daß seine Räumung in drei bis vier Abschnitten nach Maßgabe der von Deutschland geleisteten Zahlungen zugelassen werden soll. Sobald Deutschlands Verpflichtung festgesetzt sei, werde Frankreich erklären, daß nach Zahlung einer bestimmten Zahl von Goldmilliarden dieser oder jener Abschnitt geräumt werde. Solange diese Festsetzung aber nicht erfolgt sei, seien genauere Angaben über diesen Punkt unmöglich.

Von einer Räumung des altbesetzten Gebiets ist in den Dokumenten nicht die Rede. Dagegen wird vom neubesetzten Gebiet ausdrücklich gesagt, daß es dieselbe Rolle spielen solle, wie das besetzte Gebiet Frankreichs im Jahre 1871. Welche Rolle spielt aber dann das altbesetzte Gebiet? Zur Klärung des französisch-deutschen Verhältnisses ist eine klare Antwort auf die Frage notwendig, ob und innerhalb welcher Zeitabschnitte die Räumung auch des altbesetzten Gebietes beabsichtigt ist.

Solange diese Frage nicht beantwortet ist, wird man nach dem logischen Aufbau der beiden Dokumente annehmen besetzten Gebiets, das im Vertrag von Versailles als Räumungspfand zu substituieren beabsichtigt an Stelle des altbesetzten Gebiets, das im Vertrag von Versailles als Räumungspfand — analog den besetzten Gebieten Frankreichs im Jahre 1871 — vorgesehen war, und daß eine Räumung des deutschen Gebiets links des Rheins überhaupt nicht mehr beabsichtigt wird.

Bis zur beginnenden Räumung des Ruhrgebiets soll nun im ganzen besetzten Gebiet ein gleichförmiges Regime in Kraft treten. Die Eisenbahnen werden vom deutschen Reichsbahnsystem abgetrennt und von den Alliierten zu deren Nutzen verwaltet. Was die Bahnverwaltung links des Rheines betrifft, so wird eine Beteiligung der Rheinländer an ihr in Aussicht gestellt. Da Rheinland und die Rheinländer bisher einen besonderen staatsrechtlichen Begriff nicht darstellen, müßte ein solcher erst geschaffen werden. Den Rheinländern wird für den Fall ihrer staatsrechtlichen Selbständigmachung zwar nicht der Besitz der Bahnen ihres Landes, wohl aber ein Mitverwaltungsrecht von unbestimmtem Maß in Aussicht gestellt.

Außer den Eisenbahnen werden der Regie der Alliierten unterstellt: gewisse Ruhrkohlenbergwerke und die Forsten. An der Nutzung der Zölle, der Ein- und Ausfuhrgenehmigungen, der Kohlensteuer soll sich nichts ändern. Nachdem der passive Widerstand beendigt ist, sollen die deutschen Behörden mit den alliierten zusammenarbeiten. Das heißt natürlich, sie sind auf all den genannten Gebieten verpflichtet, sich den alliierten Behörden zu unterstellen und ihre Befehle auszuführen. Nimmt man dazu, daß ein Teil der Gerichtsbarkeit von den Besatzungsbehörden ausgeübt wird, daß diese auch den entscheidenden Teil der Polizeigewalt mit dem Recht der Ausweisung für sich beanspruchen, bedenkt man ferner, daß es im Fall von Kompetenzstreitigkeiten eine unparteiische entscheidende Instanz nicht gibt, so ergibt sich daraus, daß von Deutschland ein so gut wie vollständiger Verzicht auf seine Staatshoheit im ganzen besetzten Gebiet erwartet wird. Gewiß lassen sich bei näherem Zusehen noch gewisse Reste aufzählen, die vorläufig übrig bleiben, aber niemand wird sich darüber täuschen, daß auch sie schließlich ganz von selber davonschwimmen müßten.

Nun kann man sagen, daß dieser Zustand für die Räumungsgebiete doch nur ein vorübergehender sein würde. Nach der Leistung bestimmter Zahlungen durch das Reich würden sie wieder — als gleichberechtigte Glieder der Deutschen Republik angeschlossen werden. Um so dringender erhebt sich die Frage, wann und was geräumt werden soll. Wir haben schon gesehen, daß die französische Regierung für die Räumung des Ruhrgebietes bestimmte Zeitangaben noch nicht macht, und daß sie über die Räumung Deutschlands links des Rheins überhaupt schweigt.

Jedenfalls verbreiten die Dokumente 23 und 25 einige Klarheit. Solange die französische Regierung bei der Auffassung verharrt, die dort niedergelegt ist, scheint die „Verständigung" zwischen Deutschland und Frankreich auf seine zwei Bedingungen abhängig: erstens daß Deutschland auf seine Hoheitsrechte links des Rheins dauernd verzichtet, und zweitens, daß es das Ruhrgebiet für absehbare Zeit an Frankreich gibt und sich mit der Hoffnung tröstet, es vielleicht doch wieder einmal zurückerhalten zu können.

Daß damit zugleich auch das Schicksal des Saargebiets entschieden wäre, ist so selbstverständlich, daß es einer besonderen Hervorhebung kaum bedarf.

Inzwischen hätte das unbesetzte Deutschland die Erträge aus seinen Eisenbahnen und neu zu schaffenden Monopolen, aus seinen Zöllen und der 26prozentigen Ausfuhrabgabe an die Alliierten abzuführen und außerdem seine Sachlieferungen in bestimmtem Umfang wiederaufzunehmen.

Die Frage, ob die Vorschläge Frankreichs hier in allen Punkten richtig gesehen sind, mag offen gehalten werden. Zweifel sind allerdings nur möglich in dem Punkt, über den die Dokumente nichts sagen, nämlich über die Räumung des altbesetzten Gebietes. Im übrigen ist das, was hier dargelegt wird, nur eine Wiedergabe dessen, was in den Dokumenten zu lesen ist.

Wären jedoch diese Vorschläge richtig gesehen und unabänderlich, dann wäre eine wirkliche Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland in das schwärzeste Dunkel gehüllt. Selbst wenn sich eine deutsche Regierung fände, die die Aufgabe des Widerstandes proklamierte, um dann in Verhandlungen mit Frankreich zu solchen Ergebnissen zu gelangen, so würde dadurch weder außenpolitisch noch innenpolitisch noch wirtschaftlich eine Beruhigung erzielt werden. Vielmehr wäre das Gegenteil der Fall, und zwar in einem Maße, von dem man sich heute kaum noch eine rechte Vorstellung machen kann.

Die wirkliche Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland ist ein Ziel, aufs innigste zu wünschen. Aber jenen Franzosen, die erkannt haben, daß die Erreichung dieses Zieles auch im Interesse Frankreichs liegt, muß gesagt werden, daß die Vorschläge der Dokumente 23 und 25 uns nicht zu ihm hinführen, sondern uns mit geradezu explosiver Kraft von ihm wegschleudern.

Volkswirtschaft.

Großhandelspreise und Lebenshaltungsindex.

SPD. Die Einführung der Goldpreise, die in den letzten beiden Monaten sich fast allgemein durchgesetzt haben, hat zur Folge gehabt, daß sich die Spannung zwischen Groß- und Kleinhandelspreisen immer mehr verminderte. In der nachfolgenden Tabelle sind Großhandelsindex und Lebenshaltungsindex des Statistischen Reichsamtes einander gegenübergestellt und zwar so, daß etwa die gleichen Zahlen nebeneinander gesetzt sind:

Datum	Großhandelsindex	Lebenshaltungsindex	Datum
		16 180	4. Juli
		21 511	11. Juli
		28 892	16. Juli
3. Juli	33 328	39 336	23. Juli
10. Juli	48 644		
17. Juli	57 478		
		71 476	30. Juli
24. Juli	79 468		
		149 531	6. Aug.
31. Juli	183 510		
		436 935	13. Aug.
7. Aug.	483 461		
14. Aug.	663 680	753 733	20. Aug.

Während also der Lebenshaltungsindex im Juli erst nach 20 Tagen den Großhandelsindex vom 3. Juli überschritten hat, ist am 20. Juli, also nach 14 Tagen, bereits der Großhandelsindex vom 17. Juli überschritten und derjenige vom 24. Juli noch nicht ganz erreicht. Ein ähnliches Bild ergibt sich für die Spanne zwischen Lebenshaltungskosten und Großhandelspreisen in den folgenden Wochen: Es bedarf immer kürzerer Zeit, daß die Lebenshaltungskosten den Stand der Großhandelspreise erreichen. Der Großhandelsindex vom 14. August jedoch ist vom Lebenshaltungsindex vom 20. August bereits derart weit überschritten, daß der Zeitraum von 20 Tagen, der noch in den ersten Juliwochen nötig war bis Lebenshaltungskosten und Großhandelspreise übereinstimmten, etwa auf 4 Tage zusammengeschrumpft ist!

Dabei muß man noch im Auge behalten, daß der Lebenshaltungsindex sozusagen zwangsläufig niedriger sein muß als der Großhandelsindex, weil er ja auch eine Reihe von Waren und Leistungen enthält, deren Preise durch behördliche Regelung von einer allzu schnellen Anpassung an das Weltmarktniveau abgehalten werden (Markenbrotpreis, Wohnungsmieten). Unter Berücksichtigung dieses Momentes kann man sagen, daß die Kleinhandelspreise sich in den letzten Wochen viel schneller erhöht haben als früher, und das liegt daran, daß man mit dem System der Gold- oder Schlüsselpreise das Risiko der Geldentwertung, welches früher zu einem erheblichen Teil vom Kleinhandel getragen wurde, auf den Endverbraucher abwälzt. Aus dieser Preisgestaltung der letzten Wochen ergibt sich der unabweisbare Schluß, daß man unter allen Umständen bei einer Senkung des Dollarkurses wird darauf dringen müssen, daß sich auch dann der Kleinhandel in dem gleichen beschleunigten Tempo einer Ermäßigung der Großhandelspreise anpaßt, wie er sich in der letzten Zeit ihrer Steigerung angeschlossen hat.

Vermischte Nachrichten.

Die Vermisten der Armen beraubt. In einer Berliner Anstalt, worin arme Waisenkinder verpflegt, gekleidet und erzogen werden, stahlen Einbrecher, während der Inspektor mit den Zöglingen eine Ferienreise machte, den ganzen Vorrat an Kinderkleidern, Unterzeug, Stiefeln usw., im Gesamtwerte von 4 Milliarden Mark.

Die Not der Straßenbahnen. Die Berliner Straßenbahn hat acht Linien eingestellt. Im Rathause fand eine Besprechung der Magistratskommission und mehrerer Bezirksbürgermeister mit der Direktion der Straßenbahn über die zukünftige Umgestaltung der Straßenbahn statt. Ein bestimmter Plan wurde jedoch noch nicht festgelegt.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Das Leben der Salome Zeller.

Von Ernst Zahn.

3. Fortsetzung.

Salome lehnte sich zurück; die wohlige Mattigkeit, die sie befallen, wuchs. Halb im Traum überlegte sie, wer der Mann sein möge, der drüben, ein Stück von ihr ab, am Geländer lehnte. Sie hatte ihn vorher zweimal an sich vorübergehen sehen, in hellbraunem, weitem, neumodischem Geckenmantel und gleichfarbiger Mütze. Ein Engländer, wie jeder andere! Er war ihr nur aufgefallen, weil er sie so fest angeblickt hatte. Nun stand er mit dem Rücken gegen das Wasser und zündete sich eine Zigarette an. Plötzlich schaute er wieder nach ihr hin, aufmerksam, fast aufdringlich. Sie wollte sich eben entfernen. Da lachte er laut und sagte in ihrer breiten, heimischen Mundart: „Natürlich sind Sie es!"

Er näherte sich, und sein Gesicht schien ihr bekannt.

Sie kennen mich nicht mehr," fuhr er fröhlich weiter und nannte dann seinen Namen; aber schon bevor sie den gehört hatte, war ihr heiß ums Herz geworden, halb vor Freude, halb vor Verlegenheit, und sie wußte, daß der Fremde Heinrich Hirzel war.

„Es ist mir bekannt, daß Sie hier sind," erzählte er. „Es stand in irgend einem Brief von daheim, Ihr Vater würde Sie auch herüberschicken. Aber ich dachte nicht, daß Sie mir so in die Hände laufen würden."

Aufgesucht würde er dich jedenfalls nicht haben, dachte Salome ein wenig beleidigt. Er hatte eine lustige Von-oben-herab-Art, gab ihr aber die Hand und ließ sich ohne Umstände auf die Bank nieder, so daß sie sich, fast dazu befohlen, neben ihn setzen mußte.

„Heutzutage meint jedermann, in England gewesen sein zu müssen," fuhr er fort. Es klang rücksichtslos, gleichsam als ob er sagen wollte: Leute deines Schlages gehören sonst nicht auf so weitläufigen Bildungsweg. Aber schon durchbrach ein vertrauter, herzlicherer Ton seine schnarrende Hochnäsigkeit.

„Der Vater meint es gut mit mir," sagte Salome kleinlaut, Tränen im Blick.

Vor Heinrichs Augen stand das Bild des alten Angestellten seines Vaters, des ehrenwerten kleinen Mannes, in dessen Stube er zuweilen gesessen. Die alte Achtung für ihn regte sich, und sein Ton fiel unwillkürlich noch eine Note demjenigen näher, in welchem er als Knabe mit Salome verkehrt hatte.

„Ich bin in London natürlich," erklärte er, „bin nur für den Bankfeiertag einmal hierher gefahren, um mir den Ort anzusehen."

Eine Weile unterhielten sie sich dann. Frage und Antwort fielen: Was Salome getrieben, seit er fort sei? Wo sie gewesen? Seit wann sie hier sei? Dann erzählte er wieder von sich.

Unmerklich wurden sie vertrauter. Dann erwachte in ihnen eine gewisse Freude über das Zusammentreffen und die Behaglichkeit, die jeden überkommt, wenn ihm in der Fremde etwas zur Heimat Gehöriges begegnet. Salome verfiel in die kecke, freie, tapfere Redeweise, die sie sonst hatte. Als Heinrich sich neben sie gesetzt, war ihm zumute gewesen, wie einem, der im Vorbeigehen an einer Pflanze stehen bleibt, sie überfliegt, betrachtet und bald weiterzugehen denkt. Nun fesselte ihn etwas an Salomes Persönlichkeit, was über das Vergnügen, eine Landsmännin getroffen zu haben, hinausging. Während sie ihr Leben in der Fremde schilderte, wunderte er sich über den Mut zur Arbeit, zum Vorwärtskommen und Alleinsein, der aus ihren Erzählungen sprach. Ihre Heiterkeit, ein kluger Witz und eine leise Schalkheit, die in ihrem Wesen lagen, begannen ihm zu gefallen.

Sie wagte sich bald mit ihrer Fröhlichkeit an ihn, indem sie sagte: „Ihnen sieht kein Mensch mehr den Heinrich unter den Bögen an."

Und nachher: „Der Schnurrbart ist Ihnen auch gewachsen, soweit der Stutzer ihn nicht gestutzt hat."

Nun verlor er auch seine Steifheit. Sie neckten sich bald, bald sprachen sie ernsthaft und vernünftig von Dingen, die ihnen nahegingen. Manchmal sah Heinrich Salome von der Seite an und fand sie trotz ihres altväterlichen Aeußeren hübsch. Ihre kleine Gestalt hatte pralle Formen, ihre braunen Augen glänzten.

Sie verlor das Einsamkeitsgefühl, das sie bedrückt hatte, und das Herz ging ihr auf, daß sie plötzlich jemand hatte, der irgendwie zu ihr gehörte. Sie rühmte die Schönheit der Stadt und sagte, daß sie tüchtig umherzustreifen gedenke.

Heinrich schlug einen gemeinsamen Gang vor, doch wollte sie zuerst nach Hause und meinte, wenn er gegen Abend noch Zeit und Lust habe, so — möge er sie in ihrer Wohnung abholen.

Er erwiderte, daß er die Nacht am Orte bleibe, und versprach zu kommen.

Sie trennten sich bald darauf, aber wirklich kam er nach einigen Stunden nach dem schmalen, kleinen Hause, wo sie wohnte. Ihre Hausfrau führte den Gast in einen gemeinsamen Empfangsraum, den sie ihren Mietern zur Verfügung hielt. Hier machte Heinrich den Vorschlag, Salome nach dem Piertheater zu führen und ihr die Pantomime zu zeigen, da es zu einem Spaziergang zu spät geworden. Ihre Hausfrau redete ihr zu. So gingen sie zusammen.

Es dämmerte stark, und als sie an den Strand hinunter kamen, war es dunkel. Der Himmel aber hatte sich etwas geklärt und trug einzelne Sterne. Das Meer und der Wind waren zurückgekommen. Die Wellen rauschten heran und davon. Weit in das Wasser hinaus lief der Hafensteg, an dessen Ende das kleine Theater stand. Heinrich und Salome betraten ihn Seite an Seite. Da sprang wieder der scharfe Wind sie an, wie er auf den Klippen geblasen.

„Geben Sie mir den Arm," sagte Heinrich Hirzel, als er sah, daß sie dem Wind kaum standhielt, und sie gehorchte und war neben dem großen, starken, blonden Menschen doppelt klein und unscheinbar. Es fiel aber wieder zwischen sie, daß sie, ohne es zu merken, froh übereinander waren, und dieses Empfinden steigerte sich noch als sie dann auf unbequemen Stühlen in einer drolligen Gesellschaft von Fischervolk und Leuten gewöhnlichen Standes in dem kleinen Theater saßen und dem stummen Bühnenspiel zusahen. Von Zeit zu Zeit neigte Heinrich sich zu Salome hinab und machte ihr ins Ohr spöttische Bemerkungen über das Publikum oder die Schauspieler, über Dinge, die ihrer schweizerischen Eigenart fremd waren. Diese Eigenart bildete ohnehin ein Band zwischen ihnen und sie waren gute Freunde, als sie nach der Vorstellung das Theater verließen.

Auf dem Nachhauseweg ließ Heinrich Salomes Arm nicht aus dem seinen. Sie sprachen davon, daß er am nächsten Tage wieder nach London zurück müsse, und es mischte sich schon etwas wie Bedauern in die Worte. Zuweilen, während sie durch menschenleere Straßen hinanstiegen, zog er ihren Arm leise und mit einer bewußten Vertraulichkeit an sich. Sie überließen sich mehr und mehr der Freude, die sie aneinander hatten. Es war am Ende ganz natürlich, daß Heinrich Hirzel sich äußerte, er würde bestimmt von Zeit zu Zeit wiederkommen, um Salome aufzusuchen.

Schon zwei Tage später kam aus London eine Karte von ihm, und dieser Karten und Grüße wurden viele, während die Zeit verging.

Salome stand indessen in dem ungewöhnlichen Arbeitsraum ihres Prinzipals mit zwei anderen Schreibern, gleichgültigen, höflichen Leuten, an den Pulten und erarbeitete sich die Achtung derer, mit denen sie zu tun hatte. Sie war fleißig, genau und geschickt und nicht scheu, so daß sie in ihrer Stellung zu ihrem Rechte und Range kam. Zu Hause aber in ihrer schmalen Stube, in der nur eben das Bett, ein Tisch und ein Stuhl neben ihrem Koffer Platz hatten, las die sonst Vernünftige jeden abend vor dem Zubettgehen ein Häuflein Karten mit im Grunde nichtssagenden Worten, in deren Anzahl vielleicht mehr lag als in ihrem Inhalt. Und wenn sie sie gelesen hatte, stützte sie den braunen Kopf in die Hand, hatte nichts von Heimweh in sich und vergaß jedes andere Erlebnis des eben zu Ende gehenden Tages. Die Heimat, Vater und Mutter, an welche sie sonst häufig hatte denken müssen, fielen aus ihren Sinnen. Sie malte sich immer wieder aus, wie sie mit Heinrich Hirzel Arm in Arm gegangen. Es war dabei nichts geschehen, nichts, was man wirklich schauen, an was man sich besonders erinnern konnte, und doch war es wunderbar, immer wieder daran zu denken, und sie tat es mit einem Empfinden leiser Scham und doch wonnigen Glückes. Das Herz klopfte ihr unruhig dabei.

Ihre Hausfrau pflegte sie jetzt manchmal des damaligen Gastes wegen zu necken. Salome hatte es gern, wenn sie es tat. Sie lachte dazu und wehrte sich nicht, wenn die Frau dem Besuch Heinrichs ihre besondere Bedeutung gab.

Nach einigen Wochen sagte Heinrich Hirzel abermals seinen Besuch an. Kurz, gleichsam so beiläufig schrieb er: „Wie geht es Ihnen? Nächsten Sonntag fahre ich wieder nach Hastings hinunter." Es klang, als ob es zweifelhaft sei, daß sie einander dabei begegnen könnten; aber am Vormittag dieses Sonntags stand er wieder in dem kleinen Empfangsraum der Frau Kellermann. In seiner überlegenen, kühlen Manier erhob er sich zu seiner ganzen Länge vom Stuhle, als Salome eintrat. Es fiel ihr zum erstenmal auf, wie stark und groß er war, als sie ihre feste, braune Hand in seine weiße, gepflegte Rechte legte und jene darin wie ein Ei in einem Strumpf verschwand.

Sie wechselten ein paar gleichgültige Redensarten. Salome war rot geworden, er jedoch saß die Besuchsviertelstunde mit weltmännischer Ruhe ab. Selbst die Wirtin, die zweimal kam und ging und im Punkte der Schicklichkeit genau war, vermochte nichts in seinem Benehmen zu finden, was auf mehr als bloße Förmlichkeit hinwies. Nur eben, als er sich verabschiedete und dabei Salome allein hatte, strich er mit der rechten Hand über die Fläche der ihren, die er in seiner Linken hielt. (Fortsetzung folgt.)

Amtlicher Teil

Das Gesetz- und Verordnungsblatt

der freien und Hansestadt Lübeck vom 27. August 1923, Nr. 61 enthält:
Fünfzehnter Nachtrag zum Lübeckischen Gerichtskostengesetze vom 12. November 1900. (5791

Die 1. juristische Staatsprüfung in Leipzig für das W.-S. 1923 beginnt am 12. November. Anmeldungen zwischen 17. und 22. September. Näheres auf der Senatskanzlei. (5787

Versammlung der Bürgerschaft

am Donnerstag, 30. August 1923, abends 6 Uhr.

Tagesordnung:

I. Antrag von 20 Mitgliedern der Bürgerschaft: Aenderung des Gesetzes, betreffend Versetzung von Senatoren in den Ruhestand.
II. Senatsantrag, betreffend Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder der „Vereinigung Republik“ (S. Nr. 157).

5810) Der Wortführer: **Gustav Ehlers.**

Zuckerausgabe

vom 28. August bis 1. September 1923
auf Abschnitt XII der Brotkarte 1500 Gramm zum Preise von Mk. 240000.— für alle Zuckersorten. Markenablieferung durch die Kleinhändler bis spätestens zum 10. September 1923.

Die Ausgabe des Zuckers mußte auf die Zeit bis Sonnabend, den 1. September beschränkt werden, um hierdurch die Geldmittel für den Bezug des Zuckers für den nächsten Monat aufzubringen. (5812

Lübeck, den 27. August 1923.

Das Landesversorgungsamt.

Strafbefehl.

Die Ehefrau Mathilde Maria Auguste Strunck, Stockelsdorf, Ahrensbökerstr. 37, wird von der Staatsanwaltschaft beschuldigt, zu Lübeck am 25. August 1923 für Gegenstände des täglichen Bedarfes, nämlich 6 Stück Kohlrabi, einen Preis, nämlich 60000,— Mark, gefordert zu haben, der unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse, insbesondere der Minderwertigkeit der Ware, einen übermäßigen Gewinn enthielt, und zwar fahrlässig — Vergehen des Preiswuchers, strafbar nach §§ 8, 13, 26 der Preistreiberei-Verordnung in der Fassung des Gesetzes vom 19. 7. 23 —. Es wird deshalb gegen sie eine Geldstrafe von 3000000.— Mark und für den Fall, daß sie nicht beigetrieben werden kann, eine Gefängnisstrafe von 6 Tagen festgesetzt. Weiter wird die öffentliche Bekanntmachung auf Kosten der Schuldigen im hiesigen General-Anzeiger und Lübecker Volksboten angeordnet. (5799

Lübeck, den 25. August 1923.

Das Amtsgericht, Abt. V.

Die Vollstreckbarkeit des vorstehenden Strafbefehls wird bescheinigt.

Lübeck, den 25. August 1923.

Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts, Abt. V.

Teerhof.

Die Gebühren und Lagermieten sind vom 27. August ab weiter erhöht worden. (5794

Lübeck, 27. 8. 1923. Die Finanzbehörde.

Nichtamtlicher Teil

Zeitungsausträgerin für Siems

zum 1. September gesucht.
Entschädigung pro Abonnent 35000 Mark die Woche.

Lübecker Volksbote.

Am Sonntag ist unsere
Waltraut angekommen.
Karl Schwartz u. Frau Elly
geb. Kehse. (5817

Als Verlobte empfehlen sich: (5813
Johanna Hintz
Hermann Sommerfelt
Lübeck.

Für die vielen Geschenke und Gratulationen zu unserer Vermählung danken herzl. **Aug. Becker u. Frau** Frieda geb. Erdmann. 25. 8. 23. (5814

Allen denen, die unserem lieben Sohn und Bruder die letzte Ehre erwiesen und seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, sowie Herrn Hauptpastor Mildenstein für die trostreichen Worte am Grabe unseren innigsten Dank. (5800
A. Voywod und Frau nebst Kindern.

Junges Ehepaar sucht 1 oder 2 leere Zimmer. Ang. mit G 283 an die Exp. d. Bl. (5780

Leeres oder teilweise möbl. Zimmer evtl. m. Küchenbenutzung zu vermieten. Essengrube 10. 5809)

Junger Mann sucht möbl. Zimmer bei ordtl. Arbeiterfamilie eventl. mit Mittag, am liebsten vorm Holstentor. Ang. unt. G 210 an die Exp. d. Bl. (5789

Kommode, K. Spiegelschrank zu verkfn. (5792 Schwartau, Markt 12.

Zu verk. gut mod. Sofa u. Taschen-Uhr. (5797 **Gr. Vogelsang 13 a I.**

Zu verk. fast neuer Grude-Ofen. (10 Mill.) 5298) Teichstraße 8 a.

Z. verk. e. P. fast neue braun. Damenhalbschuhe Gr. 39—40. Z. bes. abds. n. 6 Uhr. Hafenstr. 19 I. 5815)

2 Paar gut erhaltene Herren-Halbschuhe Gr. 41 z. verkaufen. (5796 Bleicherstr. 8 ptr.

1 Schreibschatulle (Altertum) zu verkauf. Z. bes. 4—5 Uhr nachm. (5818 Rabenstr. 20.

Brieftauben zu verk. Kronsf. All. 37, I. (5786

3 kleine Zugänger z. verkaufen. 5784 Ernststraße 12.

Apfelbaum, niedrig, zum Herbst zu vertausch. geg. Augustbirnbaum oder zu verkaufen. (5815 Pelzerstraße 25 I.

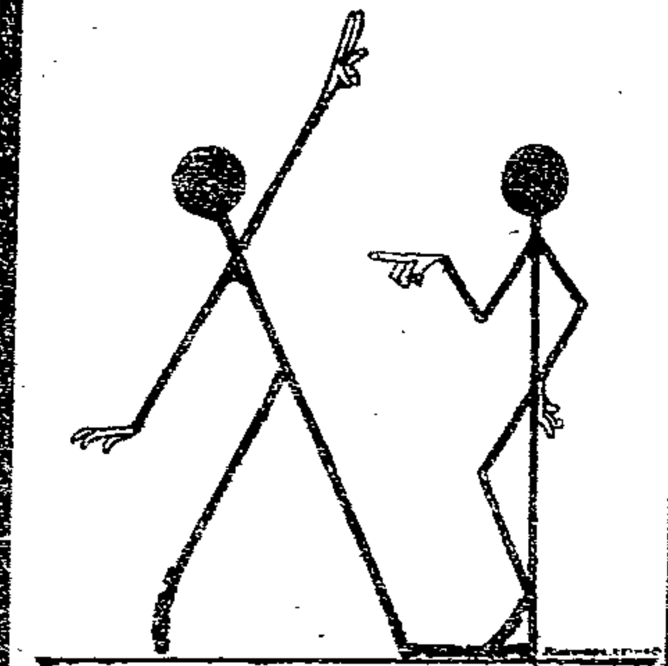
Eis. Ofenuntersatz geg. Koks oder Kartoffeln zu tauschen gesucht. Angeb. u. G 211 a. d. Exp. (5806

Verl. in Schlutup eine Com.-Joppe m. Schlüss. B. u. Nachricht. Ahrendt, Lübeck, Werderstr. 17—19 5801)

Damen- und Kindergarderoben, sow. Knabenanzüge werden angefertigt. Angeb. u. **G 209** a. d. Exped. (5779

Wer ändert sofort einen Anzug? (5785 Ang. u. **G 208** a. d. Exp.

Maulwurf-, Reh-, (5265 sowie alle and. Sorten **Felle** kaufen höchstzahlend
Gebr. Wagner,
Tel. 3414
Dankwartsgrube 26.
5540) Hundestr. 3.



So wie dieser
schwören Tausende auf die Haltbarkeit der
Leder- und Gummisohlen und Absätze
von der
Reform-Schuhwaren-Reparatur und Stepperei
Großbetrieb
50 Hüxstraße 50.
Robert Jentzen.
Fernsprecher 2873. (14608a

Ehlers & Reetwisch
Holstenstr. 1. St. Petri 2-4.
Herren- und Damen-Konfektion Schuhwaren.
Das bekannt reelle Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf.
1025a

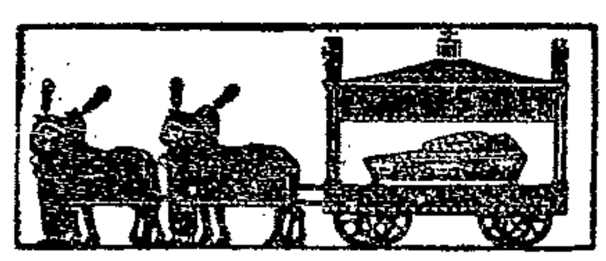
Beitragsmarken
für Vereine, Gewerkschaften
fertigt an u. liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Geschäftsbücher
Schreibblocks
Rechnungsblocks
Quittungsblocks
Kuverts
Klebemarken
Garderobenblocks
Kellnerbonsbücher
Tinte, rot u. schwarz
Leim, gute Qualität
Bleistifte, Kopierstifte
Federn, Federhalter
zu haben in der (3762
Buchhandlung Lübecker Volksbote.

Rinderspeisefett
in bekannter, vorzüglicher Qualität
Pfund 750.000 Mk.
W. C. Koeppke,
Klingenberg 3—4. 5811

Kaufe dauernd:
Alt-Schmelz-Eisen, Huf- u. Schmiedeeisen, Konservenbüchsen, **Altmetalle,** Kupfer, Messing, Zink, Blei, Staniol, Späne
R. Lissauer's Produktenbörse Tel. 3601 Marlesgrube 5 Tel. 3601
(5805)
Hausstandslumpen, Knochen, Roßhaare, alte Säcke, Knüll- u. Schwerpapier Felle, Tierhaare kaufe lf. ab jed. Ort u. jed. Posten
Beste Absatzquelle f. Klempner u. Schmiede
en gros — en detail

Gemeinnützige Bestattungsgesellschaft
Hundestr. 49/51 Telephon 2451



bietet sicherste Gewähr für 5765
preiswerteste, pietätvolle Ausführung aller Bestattungen.

Prost & Co. Bankgeschäft
Breitestraße 65, I. Fernsprecher 8935 36.
Wir verzinsen bis auf weiteres
Giro-Einlagen mit 15 % p. a.
Spar-Einlagen
bei 1 monatl. Kündigung mit **32%** p. a.
bei 3 monatl. Kündigung mit **42%** p. a.
Für Beträge über **Mk. 50000000** besonders günst. Bedingungen auch auf kurze Termine.
Einrichtung von Goldmarksparkonten
bei 6 monatl. Kündigung
20 % Zinsen p. a. in Goldmark
bei 12 monatl. Kündigung
5711) **30 %** Zinsen p. a. in Goldmark

Vereins- u. Vergnügungs-Anzeigen

Achtung! Wohnungssuchende!
Gr. öffentl. Versammlung
am Dienstag, dem 28. August, abends 7½ Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses.
Tagesordnung: Wie beheben wir die Wohnungsnot? Referent: Clement-Hamburg.
Keine Wohnungsnot mehr! 5802

Zentralverband d. Angestellten
Fachgruppe Reinhandel
Versammlung am Dienstag, d. 28. August, abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus. T.-O.: Bericht von der Tarifverhandlung. (5803) Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Lübeck
Mitglieder-Versammlung
am Montag, dem 27. August 1923,
abends 7½ Uhr,
im Gewerkschaftshaus. (5718
Tagesordnung:
1. **Vortrag des Genossen Dr. Leber über „Wertbeständige Löhne“.**
2. Abrechnung vom 2. Quartal.
3. Erhebung eines Extrabeitrages.
4. Innere Verbandsangelegenheiten.

Vollzähliges und pünktliches Erscheinen erwünscht. Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden.
Die Ortsverwaltung.

Konditorei Königstraße 25. Täglich: **Künstler-Konzert.** Leitung: Kapellmeister **Sick.**
STARKE
Kaffeehaus Telephon 8860. Von 10 Uhr ab: **Frisches Gebäck.** Diverse Eisspeisen.
5765

Eimerbier
Dienstag von 3—6 Uhr.
5807) **H. Bade.**

Ankauf von Gold-, Silb.-Bruch. Platin. (5783
Uhrmacher **Hübner,** Fünfhausen 13.

Steppdecken
Anfertigung u. Neubeziehen. Spethmann
BreiteStr. 31. Fernsp. 8659

Jedes Ungeziefer
beseitigt sofort F. Kröger beeid. Kammerj., Alfstr. 3.
Radikalmittel gegen Kopfläuse. (5706

Ad. Hübner Uhrmacher Fünfhausen 13.
Uhr.- u. Goldwarenhdlg. u. Reparaturwerkst. (5700

D. V. B.
Vorstandssitzung am Montag, d. 27. August,
abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Filiale Lübeck.
(5808
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, d. 29. Aug.
abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
VerwaltungsstelleLübeck
5795
Außerordentliche Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, 28. August
abends 7½ Uhr,
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. Bericht von den Bezirksverhandlungen.
2. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Fledermaus
8 Uhr.
5709)

Café Bernhardt
Fackenburger Allee 9.
Täglich nachm. u. abds.: **Konzert.**
5704)

Hansa-Theater.
Heute Montag 8 Uhr:
Unwiderruflich letztes Gastspiel der Berliner Rotter-Bühnen.
Galante Nacht.
Ein Abenteuer in 3 Akten von Hans Bachwitz.
Dienstag wegen Vorbereitung zu „Raub der **Sabinerinnen**“ **geschlossen.**
Mittwoch, Donnerstag, Freitag, 8 Uhr: (5793
Der Raub der Sabinerinnen.
Schwank in 4 Aufzügen von Franz und Paul Schönthan
mit Dir. **Ernst Albert** als Theaterdirektor Emanuel Striese
und **Henry Vahl** als Professor Hollwitz.

Zentral-Theater
Ab Dienstag, 28. Aug. bis 4. September:
Ratten der Großstadt
Detektivfilm in 6 Akten.
Die Morphinistin
Drama in 5 Akten

Fatty als Postmeister

Trocadero.
Schüsselbud. 4. F. 787
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Stimmungs-Konzerte. 5782

Volksbühne zu Lübeck e. V.
(5804
Vom 1. September erhöht sich der Beitrag für eine Vorstellung auf **Mk. 175000.—.** Mitglieder, die diese Erhöhung **nicht** tragen können, werden in ihrem eigenen Interesse gebeten, die Jahreskarten bis Mittwoch abend 7 Uhr im Sekretariat, Johannisstr. 48, I. abzugeben. Die Mitglieder werden ersucht, **pünktlich** zur Auslosung im Theater zu erscheinen, damit Störungen verhindert werden.

Stadttheater Lübeck.
Dienstag, 7,30 Uhr:
Bastien u. Bastienne, Abu Hassan, Der betrogene Kadi. (5790
Mittwoch, 7,30 Uhr:
Fatinitza.

Lübecker Volksbote

1. Beilage. Montag, 27. August 1923. Nummer 199.

Freistaat Lübeck.

Montag, 27. August.

„Meine Ruh will ich zu Hause . .“

In einer sehr stürmischen Sonntagsversammlung war es. Einer, der sich am wütendsten gebärdete, warf der Sozialdemokratie vor, sie seien feige Gesellen, die Gewerkschaftsführer Unternehmerknechte. Keine Willenskraft, keinen rrrrevolutionären Elan. Die Arbeiter hätten an ihnen allen Glauben verloren.

Am selben Tage nachmittags mußten wir noch etwas besprechen. Unser temperamentvoller Redner aber kam nicht. Wir machten uns auf, ihn aus der Wohnung zu holen.

Er saß seelenruhig beim Kaffee; die Kommissionsberatung interessierte ihn nicht. Nachdem er seine Rede los war, sagte er sich: Nach mir die Sintflut. Wir unterhalten uns. Nach und nach fiel ich aus allen Wolken: Die Frau, eine typische Kleinbürgerin, die ihren „Generalanzeiger“ las und ihren Nähkorb ganz voll mit seichten Heftchen hatte. Der Sohn Mitglied eines bürgerlichen Sportvereins, der von Sozialismus und Arbeiterbewegung in einer Art sprach, als ob er seinen eignen Vater nicht über den Weg traute, die Tochter war noch die vernünftigste. Aber auch sie hatte keinen Schimmer von dem, was der Vater erkämpfen will.

„Lieber Genosse,“ sagte ich, „eines müssen Sie mir erklären. Ich habe heute morgen Ihren Mut bewundert, Ihre scharfe Unterstreichung des persönlichen Eintretens. Warum bringen Sie in Ihrem eigenen Haus nicht wenigstens die drei Personen unter einen Hut?“

„Es kann mir doch keiner zumuten, auch noch zu Hause meinen Streit zu haben. In meinen vier Wänden will ich davon nichts hören.“

„Wissen Sie auch, daß das eine ganz große Sünde ist, die Sie da begehen?“

„Was — Sünde — wieso?“

„Nun, von den anderen nur zu verlangen, was man selbst nicht mal im engsten Kreis tut?“

„Das verstehe ich nicht ganz.“

„Dann will ich es Ihnen sagen: Wer der Partei und den Gewerkschaften den Vorwurf macht, sie tun nichts, sie seien ohne Kraft, ohne Willen, der muß doch zunächst in seinem Kreis zeigen, ob er es besser kann. Sie verlangen Kraft und Willen nur von den anderen. Was tun denn Sie?“

„Ja zu Hause . . .“

„Ja, gerade zu Hause. Wenn nicht jeder in seinem eigenen Heim anfängt, kommen wir nie zum Ziel. Wer glaubt, die Wandlung muß von außen kommen, während er selber der alte Adam bleibt und seine eigenen Angehörigen nicht mitreißt, der ist kein Mann der Tat.“

Seine Frau, die allein bei dem Gespräch zugegen war, meinte so recht naiv:

„Ach, mein Waldemar ist zu Hause ein gemütlicher Mensch, gel', was kümmert uns daheim die dumme Politik.“

Er sagte nichts drauf. Doch war unser Waldemar von dem Tage an merklich stiller.

Es könnte nichts schaden, wenn man sich bei vielen, die die neue Zeit nur erreden, nicht erkämpfen wollen, mal ein wenig zu Hause umsehen könnte.

„Morgenpost“, „Kaiserbilder“, „Die gute Luise“, „Schundliteratur“, Kinder, die den Bürgerlichen nachlaufen, rückständige Frauen, Gegner der Konsumvereien, Traktätchen aller Art würden da genug zutage kommen.

Deshalb: Nicht nach ihren Worten sollt ihr sie beurteilen!

Tehateha.

Steuererleichterung für den Tabakkleinhandel. Durch eine Verordnung des Reichsministers der Finanzen vom 24. August wird als Notmaßnahme zugelassen, daß Tabakwarenkleinhändler aus Billigkeitsgründen Befreiung von der Verpflichtung zur Zuschlagsversteuerung gewährt wird, die an sich im Falle Ueberschreitens des auf dem Steuerzeichen angebrachten Kleinverkaufspreises nach gesetzlicher Vorschrift einzutreten hätte. Voraussetzung der Steuervergünstigung ist jedoch, daß der höhere Verkaufspreis durch die Entwertung des Geldes bedingt wird.

Schnellzugsverkehr Hamburg—Lübeck—Stettin. Die Schnellzüge Hamburg ab Hbf. ab 8 Uhr 20 vormittags, Stettin an 2 Uhr 49 nachmittags und Stettin ab 2 Uhr 05 nachmittags, Hamburg Hbf. an 8 Uhr 22 nachmittags verkehren vom 1. September ab vorläufig noch weiter.

Rudolf-Groth-Kinderpark. Am Dienstag morgen versammelten sich auf eine Einladung des Kuratoriums der Rudolf-Groth-Stiftung eine Anzahl Männer und Frauen in den Sandbergstannen, um den neu geschaffenen Rudolf-Groth-Kinderpark zu besichtigen. Nach einem Rundgang durch den Park, in dem neue Wege angelegt sind und so manche lauschig gelegene Bank den Kindern Gelegenheit zum Ausruhen vom Spiele bietet, hielt der Vorsitzende des Kuratoriums, Herr Hauptpastor Denker, auf der Waldwiese eine kurze Ansprache, in der er darauf hinwies, daß dieser Park geschaffen sei, um erholungsbedürftige Kinder Lübecks hier im Sonnenschein und Tannenduft Kräftigung und Genesung finden zu lassen. Er sprach sodann den Dank aus gegen den fernen Stifter des Kinderparkes, Herrn Rudolf Groth in Mexiko, einem gebürtigen Lübecker, der schon so vieles getan hat, um seinem Vaterlande in dieser Zeit der Not zu helfen und dem vor allem die heranwachsende Jugend am Herzen liegt.

Neuausgaben von Reichsbanknoten. In den nächsten Tagen werden neue Reichsbanknoten zu 2 Millionen Mark zur Ausgabe gelangen. Sie sind 87×162 Millimeter groß und auf weißem Papier mit einem Wasserzeichen, das ein Kugelmuster zeigt, gedruckt. Die Hauptsache der Vorderseite ist ein tiefes Braun. Auf dem linken Randstreifen befindet sich in hellgrauer Farbe eine Rosette mit der Zahl „2 000 000„. Die Rückseite ist hauptsächlich in dunkelgrüner Farbe gehalten. Gleichzeitig werden Reichsbanknoten zu 1000000 Mark mit dem Datum vom 25. Juli 1923 ausgegeben.

Sozialdemokratischer Verein. 5. Distrikt. Am Sonnabend sprach Genosse Haut in einer sehr gut besuchten Versammlung über Kommunale Aufgaben der Sozialdemokratie. Redner schilderte auf Grund seiner reichen Erfahrungen die gegenwärtigen Schwierigkeiten, die vor allem in der Finanznot ihre Ursache haben. Viel mehr könnte geschehen, wenn in der Steuerpolitik von der KPD. nicht eine so kurzsichtige Politik eingeschlagen würde. Unter diesen Umständen waren wir gezwungen bei der Gewerbesteuer mit den bürgerlichen Parteien eine Einigung herbeizuführen. Letzten Endes stehen wir in dieser wichtigen Frage ganz allein. Denn auch die bürgerlichen Parteien versagen hier vollständig. Im letzten Teil seiner Ausführungen ging der Redner auf die Vorgänge vom 9. und 11. August ein. An die beifällig aufgenommenen Ausführungen schloß sich eine lebhafte Aussprache.

Barlöhne der Landarbeiter! Zur Errechnung der Löhne der in den Zusatzvereinbarungen zum Provinz-, Dithmarscher und Fehmeraner Tarifvertrag vorgesehenen Gruppen gilt für die nächste Lohnzahlung laut Kieler Börsennotierung vom Sonnabend der Preis von 7 000 000 Mk. pro Zentner Roggen.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Der Reichsarbeitsminister hat die Höchstsätze in der Erwerbslosenfürsorge vom 22. August an für Ortsklasse A wie folgt erhöht: 1. für männliche Personen a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben, 1 000 000 Mk.; b) sofern sie im Haushalt eines andern leben 830 000 Mk.; c) unter 21 Jahren 600 000 Mk.; 2. für weibliche Personen entsprechend den obigen Gruppen 830 000, 680 000, 460 000 Mk.; 3. als Familienzuschläge für a) den Ehegatten 350 000 Mk.; b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige 290 000 Mk.

Forderungen der Lastadiearbeiter.

Nachstehender Antrag ist in der Versammlung der Lastadiearbeiter gestellt und angenommen worden:

Die am 24. August ds. Js. tagende Versammlung der auf den Holzlägern beschäftigten Arbeiter stellt den Antrag beim Ortsausschuß, sofort Maßnahmen zu treffen, um eine Anpassung der Löhne an die heutigen Preise herbeizuführen. Es muß festgestellt werden, daß die Lohnpolitik der Arbeitgeber dahin geht, sämtliche Steuerlasten auf die Schultern der Arbeitnehmer abzuwälzen. Deutscher Verkehrsbund, Sektion Lastadiearbeiter.

„Eine Schweinerei.“

Die Gewinnquoten am Schweinefleisch.

Im „Laubaner Tageblatt“ vom 22. August wirft der Gutsbesitzer Reichstein in Wünschendorf die Frage auf: Was wird an einem Schwein verdient und sind die Fleischpreise gerecht? Er beantwortet sie, wie folgt:

Vorige Woche verkaufte ich an Fleischermeister Gabriel in Wünschendorf ein 365 Pfund schweres Schwein, das Pfund à 150 000 Mark laut Breslauer Marktbericht — rund 47 500 000 Mark für das Schwein.

Am Sonnabend wurde hier das Schweinefleisch à Pfund mit 480 000 Mark und Speck à Pfund mit 800 000 Mark verkauft.

Rechnet man einen Schlachtverlust von 85 Pfund, was sehr selten vorkommt, so verbleiben 280 Pfund Fett, Speck und Fleisch. Davon rechnet man 100 Pfund Fett und Speck und 180 Pfund Fleisch.

Also: 100 Pfund Fett und Speck, je Pfund 800 000 Mk.	=	80 000 000 Mk.
180 Pfund Fleisch, je Pfund 480 000 Mark .	=	86 400 000 „
Einnahme:		166 400 000 Mk.
Ab der Kaufpreis:		47 500 000 „
Mithin Gewinn an einem Schwein:		**118 900 000 Mk.**

„Nun urteile ein jeder,“ schreibt Reichstein weiter, „ob die hohen Fleischpreise gerecht sind? Ausdrücklich bemerke ich, daß während dieser Zeit eine Geldentwertung nicht stattfand. Auch möchte ich nicht verfehlen, die Steuerbehörde und Wucherkommission hierauf aufmerksam zu machen. Ich werde in Zukunft jedes Stück Vieh in meinem Hofe schlachten lassen und so der Bevölkerung zu billigem Fleisch verhelfen. Ich für meine Person bin mit dem erzielten Preise zufrieden, möchte aber nicht, daß sich der einzelne derart bereichert, sondern daß es der notleidenden Bevölkerung zugute kommt.“

Die Lichtlosen. Man geht wieder einmal mit den Hühnern schlafen. Wo die neuen Reichen wohnen, wird noch immer auch in Lichtfluten geschwelgt. Da kommt es ja auf ein paar Millionen mehr oder weniger monatlich für Lichtkosten nicht an. In den Mietskasernen der Vorstädte herrscht schon jetzt traurig öde Dunkelheit. Wie soll das erst werden mit dem weiteren Abnehmen der Tageshelle? An den Hausfronten vorn und hinten sind nur verhältnismäßig wenig Fenster erleuchtet. Allenthalben wird auf das äußerste gespart, weil die Beleuchtungskosten nicht mehr im Einklang stehen mit den Einnahmen. Alte Petroleumfunseln werden aus dem Winkel hervorgesucht. Wahnsinnig ist auch der Preis für Erdöl, aber bei rationeller Verwendung immer noch billiger als Gas oder elektrisches Licht. Schade nur, daß so wenig Petroleum zu haben ist. Wieder sind es die Schwachverdiener, die auch unter dieser grausigen Entwicklung am meisten leiden. Viele Heimarbeiter sehen sich vor die Frage gestellt: bringt die Arbeit bei künstlichem Licht so viel ein, daß nach Bezahlung der Lichtkosten noch etwas vom Arbeitsverdienst übrig bleibt? Schnell ist ein Kubikmeter Gas oder eine Kilowattstunde Strom verbraucht. So sieht sich der fleißigste Mensch, vor allem auch der geistige Arbeiter, der zu seiner Arbeit die Abendstunden kaum entbehren kann, gehemmt und zum Nichtstun verurteilt. Man packt sich wider Willen vor 9 Uhr in die Federn und verschnarcht tatenlos die Sorgen. Das macht jene so grau im Gesicht, so mutlos und verbittert. Sie sind nicht mehr Herr ihrer Tatkraft, ihres Arbeitsdranges. Nur eine Hoffnung bleibt: wenigstens am Tageslicht und an der Luft zerschellen zunächst noch jegliche Finanzierungskünste.

Das Stadttheater hat als nächste Aufführung das gedankenreiche Alterswerk Franz Grillparzers „Die Jüdin von Toledo“ (Spielleitung: Jacob Ziegler) vorgesehen. Dann soll „Onkel Wanja“ (Spielleitung: Dr. Fritz Endres) folgen, das Schauspiel Anton Tschechows, das auf den russischen Bühnen immer wieder, auch heute noch, mit großem Erfolge gespielt wird, seitdem das Moskauer Künstlerische Theater es 1900 durch glänzende Darstellung eingeführt hat. Endlich ist das feine Unterhaltungsstück „Klarissas halbes Herz“ (Spielleitung: Karl Heidmann) des böhmischen Schriftstellers Max Brod in Vorbereitung, den unter anderem der Roman „Tycho Brahes Weg zu Gott“ weiteren Kreisen bekannt gemacht hat.

Eine Möbelausstellung, veranstaltet von der Lübecker Tischler-Innung, wurde am gestrigen Sonntag in der Katharinenkirche mit einem Orgelvortrag und einigen Reden, die die Bedeutung der Handwerkerkunst würdigten, eröffnet. Zahlreiche Wohn- und Schlafzimmereinrichtungen, Büfetts, Herrenzimmer, Küchen zeugen von dem guten Geschmack, der in Lübecker Tischlerwerkstätten kultiviert wird. Es sind recht anheimelnde Wohnungseinrichtungen in großer Zahl ausgestellt, in denen man sich schon wohl fühlen könnte. Es ist aber doch ein unbestrittener Fortschritt, wenn Qualitätsarbeit an die Stelle des Fabrikschundes tritt. Möbel braucht man in der Regel nur einmal im Leben. Da muß man sich schon überlegen, was man erwirbt. Gutes und Gefälliges wird dauernde Freude bereiten. Zu diesen ausgestellten Möbeln gehört natürlich auch eine entsprechende Wohnung. So manche Heiratslustigen, die die empfehlenswerte Ausstellung besuchten, werden leider sowohl der Gelder für die schönen Möbel wie die Räume zu ihrer geschmackvollen Aufstellung ermangeln.

Badeanstalt Falkenbamm. Die Wasserwärme betrug heute früh 11 Uhr 16 Grad, die Luftwärme 19 Grad.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung, Ortsgruppenkassierer! Die Beitragsmarken für August (Nachzahlung) müssen sofort in Empfang genommen werden, damit die Kassierung noch in diesem Monat vorgenommen werden kann. H. Wolfradt.

Angrenzende Gebiete.

Schwartau-Rensefeld. Achtung, Vereinigung Republik (WW)! Dienstag abend, 8½ Uhr, wichtige Sitzung im Gasthaus Transvaal: Vortrag des Genossen Wolfradt. Erscheinen ist unbedingt erforderlich.

Hamburg. Gegen die Steuer- und Betriebssabotage des Unternehmertums erläßt der Allg. D. Gewerkschaftsbund, der Allg. freie Angestelltenbund und der Allg. Deutsche Beamtenbund einen Aufruf, in dem aufgefordert wird, die Streitaxt in den Betrieben zu begraben und die ganze Kraft der Arbeiterschaft zur Niederringung der Unternehmersabotage einzustellen. Das Unternehmertum erwarte, daß die durch die kommunistischen Methoden innerlich zerrissene, äußerlich geschwächte Arbeiterklasse ich jetzt ebenso für Unternehmerzwecke wie vordem zu kommunistischen mißbrauchen lasse. In Ergänzung der Forderungen der Spitzengewerkschaften verlangen die Hamburger Gewerkschaften: 1. Allgemeines Verbot der Ueberstundenarbeit (Ausnahmen nur mit Zustimmung der zuständigen Gewerkschaften). 2. Schärfste Kontrolle über Innehaltung der Arbeitszeit durch die aus der Arbeitnehmerschaft hervorgegangenen Gewerbe-, Handels-, Bau- und Hafenkontrolleure. 3. Verlängerung der Kurzarbeitvorschrift auf mindestens 4 Wochen. 4. Ausdehnung der Verordnung über Betriebsabbrüche und Stillegungen auf alle Gewerbe und Betriebe auch mit weniger als 20 Arbeitnehmern. 5. Sofortige Bereitstellung weiterer Notstandsarbeiten gemäß den Vorschlägen der Denkschrift des Ortsausschusses des ADGB. vom November 1922.

Bremen. Sozialdemokratie und Regierungsbildung. Freitag abend versammelten sich in den Zentralhallen die Mitglieder der bremischen Parteiorganisation, um einen alten bekannten bremischen Genossen aus früherer Zeit, den jetzigen Staatssekretär Schulz, über die Gründe sprechen zu hören, die unsere Fraktion im Reichstage bewogen, in die Regierung einzutreten. Er fand zum Schluß die lebhafteste Zustimmung. Nach kurzer Debatte billigten die Versammelten durch Annahme einer Resolution gegen eine Stimme die Politik der Reichstagsfraktion.

Gewerkschaften.

Deutscher Landarbeiterverband. Einen ernsten Appel richtet der Verbandsvorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes an seine Mitglieder. Der Aufruf zeigt mit aller Deutlichkeit, in welch schwieriger Lage die Organisation durch die rasende Geldentwertung geraten ist. Im Verbandsorgan „Der Landarbeiter“, schreibt der Vorstand: Für die 29. bis 32. Beitragswoche, das ist die Zeit vom 15. Juli bis zum 11. August 1923, sind alle Mitglieder verpflichtet, in jeder Woche den doppelten Beitrag zu leisten, natürlich den Beitrag doppelt, der von der Gau- und Kreisleitung für die Zeit bestimmt ist. Alle Mitglieder sind verpflichtet, diesem Beschluß nachzukommen, **damit der Verband lebensfähig bleibt.** Nur allein die Mitglieder haben dies in der Hand, und erwarten wir in letzter Stunde, daß endlich die Mahnungen des Verbandsvorstandes beachtet werden. Die Mitglieder haben in der Vergangenheit in der Mehrheit ihre Pflichten in der Beitragsleistung nicht erfüllt und müssen nun durch **Zahlen von zwei Stundenlöhnen als Beitragsleistung pro Woche in vier Wochen** das unbedingt zu einem kleinen Teil nachholen, was versäumt wurde. Gleichzeitig machen wir bekannt, daß in der Zukunft, also nach den vier Wochen der doppelten Beitragsleistung, regelmäßig ein Stundenlohn als Wochenbeitrag zu leisten ist. Erfüllen die Mitglieder diese selbstverständliche Pflicht nicht, dann ist der Verbandsvorstand leider gezwungen, auch die Zahl der Außenangestellten um mindestens die Hälfte einzuschränken. Das gleiche gilt auch für das Hauptbureau in Berlin. Der Verbandsvorstand kann es auf die Dauer nicht mehr verantworten, den Angestellten einen Lohn zu zahlen, der zur Existenz der Angestellten nicht ausreicht. Die sogenannten „Gehälter“ betrugen im Durchschnitt pro Monat Juli für Kreisleiter: 1 600 000 Mark, für Gauleiter 2 125 000 Mk. und für Verbandsvorstandsmitglieder 2 600 000 Mark. Wir geben euch diese Zahlen bekannt, obwohl uns dies wirklich nicht angenehm ist, aber die Mitglieder sollen und müssen selbst einmal prüfen, ob damit auch nur einer der etwa 400 Angestellten des Verbandes, einschließlich der Hilfskräfte, die eure Vertrauensleute sind, die ständig zur Verbesserung eurer Lebenslage sich betätigen, auskommen können. Die Antwort auf diese Frage kann nur ein absolutes Nein sein. Aendert also diesen Zustand und erfüllt den Beschluß des Verbandsvorstandes. Daß der Verband auch Gelder zur Verfügung haben muß, um eventuell Lohnkämpfe durchzuführen, ist selbstverständlich. Wir halten es nicht für notwendig, auch noch auf die vielerlei Aufgaben des Verbandes hinzuweisen, sondern heute sind wir durch eure Nachlässigkeit leider dazu gezwungen, euch aufzufordern, durch hohe Beitragsleistung wenigstens die Existenz des Verbandes zu sichern.

Die Gauleitung der Provinz Schleswig-Holstein unterstreicht den Appell des Verbandsvorstandes noch einmal scharf und schreibt dazu: Landarbeiter! Landarbeiterinnen! Laßt diesen letzten Ruf nicht ungehört verhallen. Die Organisation ist in größter Gefahr, die Markentwertung ist der Totengräber der Arbeiterbewegung! Immer haben wir die Mitglieder aufgefordert, höhere Beiträge zu zahlen. Wie oft aber mußten wir hören, „Erst verschafft uns höhere Löhne, dann wollen wir auch mehr bezahlen.“ Oder es wurde nach Berlin geschrieben, solange wir noch den Kreisleiter Meyer oder den Gauleiter Schulze haben, zahlen wir keine Beiträge mehr. Der letzte Wunsch kann sehr schnell in Erfüllung gehen. Wenn nicht innerhalb acht Tagen die Beiträge dem Stundenlohn angepaßt werden, haben die Landarbeiter keinen einzigen Angestellten mehr, weil sie inzwischen verhungert sind. Wir rufen deshalb den Kollegen zu: Sorgt sofort dafür, daß jeder einzelne, jede Ortsgruppe, dem Verband gibt, was möglich ist. Die Gelder müssen sofort an den Gau eingesandt werden und werden in der Zeitung kreisweise bekanntgegeben. Hoffentlich zeigt sich nicht wieder wie beim letzten Notopfer, daß diejenigen Kreise, die an den Verband die höchsten Anforderungen stellen, am wenigsten zahlen. Zeigt sich in allen Ortsgruppen der ernste Wille zur Opferbereitschaft, dann dürfte es auch gelingen, den Verband aufrecht zu erhalten. Im September soll in Magdeburg die Generalversammlung des Verbandes tagen, vorausgesetzt, wenn die Mitglieder zur Aufbringung der Kosten beitragen. Bei einigem guten Willen ist das möglich und durchführbar und muß

dadurch erreicht werden, daß **jeder Kreis einen Zentner Korn sammelt.** Die Einzelheiten über die Sammlung werden die Kreisleiter bekannt geben. Die Abhaltung einer Generalversammlung ist dringend notwendig. Der Vorstand soll den Mitgliedern Rechenschaft ablegen über seine Tätigkeit in den letzten 3½ Jahren und wird sich zur Neuwahl stellen. Außerdem bedürfen viele organisatorische Fragen der Klärung. Die Mitglieder haben es auf dem Verbandsparlament in der Hand, zu entscheiden, wie sich die Geschicke der Organisation in Zukunft gestalten und wer ihre Führer sein sollen. Es ist also den Mitgliedern mit aller Deutlichkeit gesagt, wie es um die Organisation steht. An Euch, Kollegen und Kolleginnen, liegt es nun, mitzuhelfen, daß Euer Verbandsschiff durch die brandenden Wogen der stürmischen und schweren Zeit ohne Schaden hindurchgeleitet wird.

Theater und Musik.

Stadttheater.

Drei Einakter: Bastien und Bastienne von W. A. Mozart, Abu Hassan von C. M. von Weber, Der betrogene Kadi von Chr. Ritter von Gluck. Jean Jaques Rousseaus „Dorfwahrsager" hatte Sensation gemacht, zum ersten Male traten die Sänger in naturalistischem Bauernkostüm auf, Ludwig XV. sang die populären Melodien „mit der falschesten Stimme seines Reiches" nach. Als der verdeutschte Text an Mozart kam, der das Stück 1764 in Versailles kennen gelernt hatte, vertonte er ihn in der Manier des zeitgenössischen Singspielschreibers Johann Adam Hiller: graziös, französelnd, lediglich begleitend, die Charakterisierung der Personen. — Man hatte hier das Orchester auf der Bühne untergebracht, so klang es wie ein leise zirpendes Spinett aus traumhafter Ferne — hübsch war auch das in einem ovalen Rahmen gespannte Bühnenbild und reizvoll die Wiedergabe. Fräulein Lisa Stuht hielt auf diesem klassischen Vorgelände, was sie in der Operette versprochen hatte, eine mit sehr lebhaftem und sehr verdienten Beifall ausgezeichnete Bastienne war Fräulein Margarete Bruhn; dem Sänger Georg Rehkemper ist wohl Gutes nachzusagen, dem Darsteller des „Zauberers" fehlte aber ein bißchen märchenhafte Dämonie, er blieb zu gutmütig-brav — weit wirkungsvoller gelang dem jungen Künstler im betrogenen Kadi die humorvolle Darstellung des geschwätzigen Omar. — — Anspruchsvoller ist Webers Singspiel „Abu Hassan", gleichsam eine Erinnerung an flotte Stuttgarter Tage: dort hatte Weber als „Geheimsekretär" des Prinzen Ludwig von Württemberg verdammt den Cavalier gespielt und Widersacher, Weiber, Schulden ergiebig kennen gelernt: in seinem Hassan findet ein leichtsinniges, verschuldetes Pärchen ein ergötzliches Mittel, die Schulden los zu werden! — In der Begleitung tritt das Orchester selbständig hervor. Instrumental-Soli beleben die frisch geschriebene Musik — wie fein und wirkungsvoll klang beispielsweise das (von Herrn Corbach) gespielte Cello-Solo in der Zelmiren-Arie. Anfänge des Leitmotivs machen sich bemerkbar, kurz ein Vorläufer der deutschen Lustspieloper, den man nicht in den Bibliotheken verstauben lassen sollte. — In der Aufführung fesselte vor allem der neu verpflichtete Herr Erich Fuchs durch seine klangvolle Stimme und durch das wirkungsvolle Spiel — man darf auf seinen Ochs im kommenden Rosenkavalier gespannt sein. Herr Paul Beckmann und Fräulein Bruhn gaben dem lebenslustigen Pärchen gesanglich und in der Darstellung die frohe Leichtigkeit, die ihm gebührt; die erbaulichen Worte des Kalifen und seiner Gemahlin sprachen Herr Moran und Fräulein Graef mit Anmut und Würde.

Zuckerausgabe.

Wie aus der amtlichen Bekanntmachung hervorgeht, wird in den nächsten Tagen Zucker ausgegeben. Im Interesse der zukünftigen Zuckerversorgung werden alle Konsumenten aufgefordert, den Zucker so schnell wie möglich abzunehmen. Die bedeutende Erhöhung des Preises gegenüber der vorherigen Ausgabe wird allgemein auffallen. Ueber die Gründe derselben verweisen wir auf den Bericht über die Sitzung des Landesversorgungsamts.

Auch Gluck hatte das französische Singspiel an Ort und Stelle kennen gelernt und ging nun, als er vom Hoftheater-Intendanten Durazzo den Auftrag bekam, für die kaiserliche Familie Unterhaltungsstücke zu komponieren, gern auf diesen Auftrag und leicht auf den Ton der französischen Operette ein. So entstanden etwa 12 Singspiele, die Gluck von der „leichten" Seite zeigen, darunter 1761 „Der betrogene Kadi", ein Werkchen, das auch hier wieder den nachhaltigsten Eindruck machte; mit welch entzückender Anmut ist das alles geschrieben! — Die Besetzung war recht glücklich: Herr Prohaska als tyrannischer, derb zufassender Kadi, Fräulein Döhle als verschmitzte, auch stimmlich kraftvoll herrschende Fatime, Fräulein Studt und Herr Beckmann gaben der Aufführung humorvoll belebte Stimmung; nicht zuletzt Fräulein Hohenfeldt, welche die Maske der Häßlichkeit nicht scheute. So konnte Herr Kapellmeister K. Mannstaedt befriedigt auf diesen Abend erfolgreicher Tätigkeit zurückblicken, ebenso der scheidende Herr von Bongardt, dessen Regie wieder fleißige und sorgfältige Arbeit erkennen ließ. H.

Stadttheater.

Die Weber. Schauspiel aus den vierziger Jahren von Gerhart Hauptmann. „Die Weber" sind dramatisch des Dichters stärkstes Stück. Nicht die Tragödie eines oder weniger Menschen bilden seinen Inhalt. Eine ganze Volksschicht ist es, eine „Klasse", die sich aufbäumt. Nutzlos aufbäumt gegen den Hunger und das erbarmungslose Elend. Und wenn die Gewehrschüsse der Staatsgewalt verklungen, wenn die Opfer beerdigt sind, dann wird alles wieder beim alten sein, dann werden Hunger und Elend wieder genau so ihre blutige Geißel schwingen, wie vorher. Das ist Tragik. Echteste Menschheitstragödie. Hauptmann gibt Bilder, die die ganze Menschheit angehen. Und wurde damit zum Dichter für alle Zeit. Nur Naturalismus bot passende Farben für solche Bilder; vorübergehend wird der Dichter deshalb „Naturalist", oft neben Zola genannt (Germinal). „Die Weber" wären ein „proletarisches" Drama, hätten die Weber schon Klasseninstinkt. Da Hauptmann dieses Klassengefühl völlig beiseite läßt, ist das Werk weder tendenziös noch revolutionär. Es ist einfach eine Anklage gegen harten Reichtum, ein Appell sozusagen an die „Wohltätigkeit". Diese Einstellung Hauptmanns verankert das Drama noch völlig in dem „Bürgerlichen". In diesem Punkt wenigstens könnte man den Streit um Hauptmanns Persönlichkeit aufgeben.

Die Aufführung war von Herrn Heidmann geleitet. Es wurde eine Reihe guter Bilder geboten. Manchmal aber vermißte man den großen Zug. Besonders bei den Massenszenen. Höhepunkte kamen nicht zu voller Geltung. Das plötzlich aufspringende Feuer in vielen gedrückten Menschen muß den letzten Stumpfen durchleuchten und zur Raserei treiben. Und vielmehr müssen die Hauptpersonen Führer und Schürer dieses Feuers sein. Der Moritz Jäger des Herrn Warndorf war in diesem **Punkt völlig verfehlt. Seine Wandlung trat nicht hervor; alles blieb an der Oberfläche. Auch Ziegler (als Dreißiger) konnte nicht befriedigen; er verfehlte völlig den „Typ", und darauf kommt es doch an. Die Weber lagen im allgemeinen in guten Händen. Weitaus am besten zeichnete Herr Heidmann (Baumert). Aber auch Herr Stengel (Hilse) und Herr Brunar (der rote Bäcker) gefielen. Frl. Lischke gab die fanatisierte Luise** aufreizend und erschütternd; leider fand sie bei Gottlieb nicht die entsprechende Ergänzung. Die vielen übrigen Mitwirkenden fügten sich im allgemeinen gut ein. Da und dort fehlte eine gewisse Einheitlichkeit; besonders in der Sprache. Herr Walter-Böhne und Herr Moran gemahnten leider etwas zu sehr an „Operette"! -r

Wetterbericht.

(Von der Lauenburger Wetterwarte in Mölln.)

Mölln, 23. August. (Nachdruck verboten.)

27. August: Kühler, sonst Fortdauer der herrschenden Wetterlage. 28. August: Im S. und SW. aufklärend und Abnahme der Regenfälle, im übrigen noch verbreitete, kurze Regenschauer, Strichweise Gewitter. Böige, lebhafte SW.- bis NW.-Winde. 29. August: Wärmer, mäßige NW.-Winde, im NW. bis NO. wolkig mit vereinzelten Regenschauern; im übrigen meist trocken. 30. August: Im N. veränderlich, sonst sonnig bis heiter, mäßige SO.- bis S.-Winde, wärmer. Durchweg trocken. 31. August: Wechselnd bewölkt, im S. und SW. vorwiegend heiter und trocken; im übrigen wechselnd bewölkt, lebhafte SW.-Winde, wenig Wärmeänderung. Für Schl.-Holst., Mecklbg., Nord- und Mittel-Hannover Regenschauer. Stellenweise Gewitter. 1. September: Wärmer, sonnig bis heiter, mäßige NW.-Winde. Durchweg überall trocken, mit Ausnahme des N. und NO.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Zu dem Zeitdokument,

das im Volksboten mit einem Brief von Herrn N. veröffentlicht wurde, erlaube ich mir einige Tatsachen, die das Verhalten meines Mieters kennzeichnen, zu berichten: Wegen unberechtigter Forderungen von seiten meines Mieters sind Streitigkeiten entstanden. Die Frau meines Mieters hat mir Schmutz auf den Kopf geworfen und ist dafür bestraft worden. Wegen Sachbeschädigung, Beleidigung und Bedrohung meiner Frau und Kinder während meiner Abwesenheit, welches zum Teil bei meinem Rechtsanwalt von meinem Mieter zugegeben ist, schwebt die Klage. Meinem Mieter wird für seine Zwei-Zimmerwohnung eine Zwei-Stubenwohnung angeboten. Ich verlange Ruhe im Hause, die ich jetzt nicht habe und ich habe bereits die Staatsanwaltschaft um Schutz gebeten. Diese hat sich der Sache angenommen. Von dieser Seite aus beleuchtet, erhält das Ganze ein anderes Gesicht. Friedr. Klempau.

Das Verhältnis zwischen Mieter und Vermieter ist nach obigem nicht gerade erbaulich. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß Herrn Nehlsens Brief trotz allem ein schönes Zeitdokument ist. Red.

Die Deutsche Volksanleihe

Wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches.

Die durch die Ungunst der außenpolitischen Lage der deutschen Währung zugefügte Schädigung hat die Ausgabe eines besonderen wertsicheren **Reichspapieres** — der Wertbeständigen Anleihe — erforderlich gemacht. Damit ist jedermann die Möglichkeit gegeben, sein Vermögen und Einkommen, vorübergehend oder dauernd, wertbeständig, vorteilhaft und sicher anzulegen.

Die Anleihe ist **wertbeständig**, denn sowohl die Bezahlung der Zinsen wie die Rückzahlung des Kapitals erfolgt auf Basis des Dollarkurses.

Die Anleihe ist eine **Volksanleihe**, denn die kleinen Stücke ermöglichen es weitesten Kreisen der Bevölkerung, ihre Ersparnisse durch Anlage in dieser Anleihe zu sichern.

Dem Charakter dieser Anleihe als **Sparanleihe** entspricht es insbesondere, daß die Zinsen der kleinen Stücke bei Fälligkeit der Anleihe insgesamt in Form eines Zuschlages von 70 % zurückgezahlt werden.

Es steht zu erwarten, daß sich die kleinen Stücke infolge dieser Ausstattung besonders leicht im Verkehr einbürgern werden. Der Umsatz in dieser Anleihe wird wird aber namentlich dadurch erleichtert, daß sie von der **Börsenumsatzsteuer befreit ist.**

Wer also Einkünfte und Betriebsmittel in dieser Anleihe vorübergehend anlegen will, braucht nicht zu befürchten, daß ihm beim Verkauf besondere Unkosten entstehen.

Aber auch als dauernde Kapitalanlage ist die Anleihe außerordentlich geeignet, nicht nur wegen ihrer Wertbeständigkeit, sondern auch wegen der **Befreiung von der Erbschaftssteuer für den Selbstzeichner.**

Die Anlage ist ein **sicheres Anlagepapier**, denn **Zinsen und Rückzahlung sind reichsgesetzlich sichergestellt** durch das Vermögen der gesamten deutschen Wirtschaft: Banken, Handel, Industrie, Landwirtschaft, sowie eines jeden, der über steuerpflichtiges Vermögen verfügt.

Die Zeichnung auf die Anleihe kann in Mark (100 %) sowie in Devisen und Dollarschatzanweisungen (95 %) erfolgen.

Die Anleihe besitzt demnach alle Eigenschaften, die ein **erstklassiges Anlagepapier** haben muß: vorzügliche Ausstattung und Sicherheit sowie leichte Begebbarkeit von Hand zu Hand. Namentlich durch ihre Wertbeständigkeit und ihre Befreiung von der Erbschaftssteuer ist sie geeignet, den dem deutschen Volke innewohnenden Spartrieb wieder zu beleben.

Daß die Anleihe auch ein wichtiges Glied in der Kette der Maßnahmen ist, welche dazu dienen sollen, eine Gesundung der Wirtschaft, der Währung und der Finanzen herbeizuführen, bedarf nicht der Erwähnung. **Wer sie zeichnet, sichert sich nicht nur die denkbar beste Anlage seiner flüssigen Gelder, sondern er nützt auch dem großen Ganzen, indem er Bausteine zum Wiederaufbau heranträgt!**

5778

Der Präsident des Reichstags Löbe
Deutschnationale Volkspartei Hergt
Deutsche Volkspartei Dr. Scholz, Reichsminister a. D. M. d. R. W. R.
Deutsche Demokratische Partei Dr. Petersen
Zentrum Marx, Senatspräsident
Vereinigte Sozialdemokratische Partei Hermann Müller, Reichsminister a. D.
Bayrischer Bauernbund Eisenberger
Vorläufiger Reichswirtschaftsrat Dr. C. F. von Siemens Leipart
Deutscher Industrie- und Handelstag Franz von Mendelssohn
Deutscher Landwirtschaftsrat Dr. Brandes
Preußische Hauptlandwirtschaftskammer

Deutscher Handwerks- und Gewerbekammertag H. Plate Dr. Meusch
Deutscher Städtetag Böß, Oberbürgermeister
Reichsverband d. Deutschen Industrie Dr. Sorge Dr. Bücher
Hansa-Bund Dr. H. Fischer, M. d. R.
Zentralverband des Deutschen Großhandels (E. V.) Dr. h. c. Ravené, Geh. Kommerzienrat Keinath, M. d. R.
Reichsverband des Deutschen Ein- und Ausfuhrhandels Dr. Hugo, M. d. R.
Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels H. Grünfeld
Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes (E. V.) Dr. Riesser
Verband Deutscher Privatbankiers (E. V.) Moras

Verband deutscher öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten Busch, Staatssekretär z. D.
Deutscher Zentral-Giroverband Dr. Kleiner Jurich
Deutscher Sparkassenverband Jurich
Reichsverband d. Privatversicherung Walther, Generaldirektor Knoll
Reichsausschuß der Deutschen Landwirtschaft Freiherr von Wangenheim
Reichslandbund Die Geschäftsführenden Vorsitzenden des Reichslandbundes Hepp Dr. Roesicke
Deutscher Bauernbund (E. V.) A. Müller, M. d. R. W. R.
Vereinigung der Deutschen Bauernvereine Freiherr v. Kerkerinck zur Borg Dr. Crone-Münzebrock

Vereinigung der Deutschen Arbeitgeber-Verbände (E. V.) Dr. Sorge Dr. Meissinger
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund Leipart
Deutscher Gewerkschaftsbund Stegerwald
W. Gutsche, Otto Thiel Bernhard Otte
Gewerkschaftsring Deutsch. Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände
Gesamtverband Deutscher Angestellten-Gewerkschaften Otto Thiel, M. d. R.
Allgemeiner Freier Angestelltenbund Süß Stähr
Gewerkschaftsbund der Angestellten Dr. Commecher Borchardt
Deutscher Beamtenbund Flügel Remmers
Reichsbund der höheren Beamten Dr. Scholz, Reichsminister a. D., M. d. R. Dr. Rathke

Reichsverband d. deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften (E. V.) Johannßen Gennes
Generalverband der deutschen Raiffeisen-Genossenschaften Dr. Seelmann
Deutscher Genossenschaftsverband (E. V.) Korthaus, M. d. R.
Reichsverband Deutscher Konsumvereine (E. V.) Schlack, M. d. R.
Zentralverband Deutscher Konsumvereine H. Kaufmann H. Bästlein
Reichsstädtebund
Verband der Deutschen Landkreise Dr. Constantin, Landrat a. D.
Deutscher Zeitungsverleger (E. V.) Dr. Krumbhaar, Kommerzienrat
Reichsverband der Deutschen Presse P. Baecker, M. d. L.